

Rainer Bartenstein

Geld ist nicht knapp!

Staatliches Geld
und die Modern Monetary Theory



Rainer Bartenstein

„Geld ist nicht knapp!“

Staatliches Geld und die Modern Monetary Theory

Autor und Herausgeber:

Rainer Bartenstein

Steinäckerweg 12

69226 Nußloch

Deutschland

E-Mail: info@bartenstein.com

© 2024 Rainer Bartenstein

ISBN Softcover: 9798339339762

Druck und Distribution:

Amazon Kindle Direct Publishing (KDP)

Lektorat, Layout, Satz: Heike Thormann, Warendorf

Alle Rechte vorbehalten. Alle Angaben ohne Gewähr.

Ohne die schriftliche Genehmigung des Autors ist jede Verwertung unzulässig. Alle Inhalte wurden vom Autor sorgfältig erwogen und geprüft, dennoch kann der Autor keine Garantie geben.

Inhalt

INHALT	5
VORWORT	7
VORBEMERKUNG	8
EINLEITUNG	11
1. DIE ENTSTEHUNG VON GELD UND DESSEN FUNKTIONEN	13
2. CHARTALISMUS UND GEORG FRIEDRICH KNAPP	16
3. WELTWIRTSCHAFTSKRISE 1929	20
4. BRÜNINGS DEFLATIONSPOLITIK (1930-32)	23
5. GRIECHENLAND UND DIE FORDERUNGEN DER TROIKA	25
5.1. Maßnahmen.....	25
5.2. Folgen	26
5.3. Fazit.....	27
6. KEYNESIANISMUS	29
7. VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNG	31
7.1. Berechnung des Bruttoinlandsproduktes (BIP)	31
7.2. Nettofinanzvermögen	32
7.3. Die Identität von Investition und Ersparnis	37
8. MODERN MONETARY THEORY (MMT).....	40
8.1. Entstehung	40
8.2. Kernaussagen der MMT	41
8.3. Kritik an der Schuldenbremse	42
8.4. Empirische Beobachtungen	44
8.5. Stimmen hierzu	46
8.6. Was sagt das Bundesministerium für Finanzen?	47

9. KRITIK AN DER MMT	49
9.1. Inflation	49
9.2. Zinslast.....	54
9.3. Hypothek	55
10. WIDERSTÄNDE GEGENÜBER DER MMT.....	58
10.1. Traditionelle Wirtschaftslehre	58
10.2. Politische Ideologien	59
10.3. Angst vor Instabilität.....	59
10.4. Akzeptanz von Steuern.....	59
11. STAATSVerschuldung AUSGEWÄHLTER LÄNDER	61
12. GANZ AKTUELL: DAS CORONA-HILFSPROGRAMM.....	63
13. FAZIT	68
ANHANG: EINE KLEINE GESCHICHTE	69
ANHANG: QUELLEN UND HINWEISE	72
ANHANG: LITERATURVERZEICHNIS.....	76
ÜBER DAS BUCH.....	78
ÜBER DEN AUTOR	79

Vorwort

In den letzten Jahren hat die Modern Monetary Theory (MMT) zunehmend an Aufmerksamkeit gewonnen, sowohl in akademischen Kreisen als auch in öffentlichen Debatten. Eine der größten Herausforderungen bleibt dabei, ihre oft komplexen Zusammenhänge einem breiteren Publikum zugänglich zu machen, ohne dabei an Tiefe zu verlieren.

Rainer Bartenstein widmet sich dieser Aufgabe mit großem Engagement. In seinem Essay „Geld ist nicht knapp!“ gelingt ihm ein bemerkenswerter Spagat: Er bietet einen prägnanten und verständlichen Überblick über die wesentlichen Ideen der MMT, ohne den Anspruch zu erheben, wissenschaftlich umfassend zu sein. Stattdessen führt er den Leser mithilfe klarer und anschaulicher Beispiele in die Materie ein und zeigt auf, dass die theoretischen Grundlagen der MMT in der Realität empirische Bestätigung finden.

Ich habe Rainer im Laufe der letzten Jahre persönlich kennengelernt und freue mich sehr über sein Engagement für die MMT.

Insbesondere dem eiligen Leser möchte ich seinen Essay ans Herz legen, da dieser einen schnellen, aber fundierten Einblick in die Grundprinzipien der MMT bietet.

Dr. Dirk Ehnts

Berlin, Oktober 2024

Vorbemerkung

Deutschland spart sich kaputt und die von Politikern vorgebrachten **Argumente für das Sparen des Staates sind falsch.**

Als ich das erste Mal von der MMT hörte, war ich fasziniert. Erstens sah ich meine seit Jahren in mir rumorenden Gedanken bestätigt, dass der Wohlstand einer Nation nicht am Geld hängen kann, und zweitens fand ich die Aussagen und Argumente der MMT bestechend einfach, klar und geradezu zwingend.

Ich kann Warren Mosler, den Begründer der MMT, verstehen, der sich wundert, weshalb die MMT noch nicht Allgemeinwissen geworden ist.

Ich möchte gerne versuchen, einen kleinen Beitrag dazu zu leisten, die MMT „talkshowkompatibel“ zu machen. Das ist für mich eine Metapher für die Fähigkeit, MMT so klar, strukturiert, einfach und zwingend vorzutragen, dass man sich traut, in einer Talkshow zu widersprechen, wenn die Aussage fällt, der Staat könne langfristig nicht mehr ausgeben, als er einnimmt. Alle nehmen diese Aussage unwidersprochen hin und streiten sich dann darüber, wie die zu knappen Mittel verteilt werden. **Keiner sagt: Moment mal, der Staat kann auch dauerhaft mehr ausgeben, als er einnimmt. Er will es nur nicht!**

Dieser Essay ist mit Hilfe von KI, konkret ChatGPT, entstanden und ich erhebe keinen Anspruch auf eine eigene wissenschaftliche Arbeit. Vielmehr ist es mein Ziel, das vorhandene Wissen

so knapp und gleichzeitig nachvollziehbar zu präsentieren, dass es eben „talkshowkompatibel“ wird.

Selbstverständlich habe ich in den letzten Jahren auch diverse Bücher zur MMT gelesen, darunter Werke von Stefanie Kelton, Dirk Ehnts, Maurice Höfgen, Warren Mosler und Randall Wray, und ich habe die Vorlesung von Michael Paetz „Geldtheorie und -politik“ der Universität Hamburg online verfolgt.

Ich habe alle Zahlen, Daten und Fakten überprüft, die mir ChatGPT genannt hat. Texte entstanden dadurch, dass ich ChatGPT konkrete Inhalte und Schwerpunkte genannt und um eine Ausformulierung gebeten habe. Texte habe ich jedoch nur übernommen, wenn sie für mich zu 100 % verständlich waren und zu meinen Erkenntnissen passten. Wenn nicht, habe ich nachgefragt oder an anderer Stelle recherchiert. Und natürlich stammen etliche Passagen auch von mir.

Doch mit Hilfe von ChatGPT habe ich viel Zeit bei der Recherche und auch bei der Erstellung des Textes sparen können. Und wie gesagt, es geht mir nicht um eine wissenschaftliche Anerkennung meiner Arbeit. Es geht mir um die kurze und pragmatische Präsentation vorhandenen Gedankenguts und vorhandener Erkenntnisse.

Danken möchte ich Dirk Ehnts, dem führenden Vertreter der MMT in Deutschland, dem ich den größten Teil meiner Einsichten verdanke und der sich geduldig Zeit genommen hat, meine vielen Fragen in persönlichen Gesprächen zu beantworten.

Staatliches Geld und die MMT

Und danken möchte ich auch Heike Thormann, die diesen Essay nicht nur lektoriert hat, sondern mir auch bei seiner Gestaltung und Veröffentlichung geholfen hat.

Rainer Bartenstein

Nußloch, Oktober 2024

Einleitung

Der Impuls für diesen Essay entstand aus einem simplen, aber entscheidenden Gedanken: „**Es kann doch nicht am Geld liegen, wie gut es einer Volkswirtschaft geht. Es kommt doch darauf an, was produziert werden kann.**“

Diese Überlegung brachte mich zur Modern Monetary Theory (oder auch Modern Money Theory, kurz MMT), einer ökonomischen Denkschule, die sich mit den Mechanismen der Geldschöpfung und ihren Auswirkungen auf die Volkswirtschaft auseinandersetzt. Dort fand ich meinen Gedanken bestätigt: **Geld ist keine knappe Ressource – Güter und Dienstleistungen sind knapp!**¹

Im Ergebnis wage ich zu behaupten:

Wenn ein Staat es aus angeblicher Geldknappheit unterlässt,

- für eine gute Infrastruktur zu sorgen,
- für eine gute Bildung seiner Kinder zu sorgen,
- für soziale Sicherheit und damit für gesellschaftlichen Frieden zu sorgen,

dann bremst er die Gesellschaft entweder aus Unwissenheit oder aus taktischen Gründen unnötig aus.

Dieser Essay richtet sich an alle, die sich mit wirtschaftspolitischen Fragen beschäftigen und einen frischen Blick auf Staats-

schulden und öffentliche Ausgaben werfen wollen – ohne ökonomische Vorkenntnisse vorauszusetzen.

Er führt durch die Entwicklung des Geldes, beleuchtet die historischen Wurzeln der MMT und setzt sich kritisch mit den gängigen Vorurteilen gegenüber dieser Theorie auseinander. Ziel ist es, ein tieferes Verständnis dafür zu schaffen, wie Staatsschulden, Steuern und Staatsausgaben in einer modernen Volkswirtschaft wirklich funktionieren – und **warum es nicht das Geld ist, das uns limitiert, sondern unser Verständnis davon.**

1. Die Entstehung von Geld und dessen Funktionen

Naturaltausch und Warengeld

Zu Beginn tauschten Menschen Waren und Dienstleistungen direkt (Naturaltausch). Das war auf Dauer aus offensichtlichen Gründen unpraktisch: Der eine hat ein Schaf und will Schuhe, der andere hat Schuhe, will aber kein Schaf. So kam es zur Verwendung von allgemein akzeptierten Tauschmitteln, die transportierbar, haltbar und teilbar waren, zugleich aber auch einen eigenen inneren Wert hatten, wie z. B. Muscheln, Perlen, Salz, Getreide, Metalle u. Ä.

Metallgeld

Mit der Zeit setzten sich Edelmetalle wie Gold und Silber durch, da sie wertbeständig und teilbar waren. Diese Metalle wurden in staatlichen Anstalten in Münzen geprägt und dienten als offizielles staatliches Zahlungsmittel. Nachteilig war, dass Gold und Silber begrenzt waren und die Geldmenge somit nicht beliebig an eine wachsende Wirtschaft angepasst werden konnte, dass die Herstellung teuer war und dass Metallgeld bei größeren Beträgen schwer und unhandlich war.

Papiergeld

Die Einführung von Papiergeld ermöglichte eine leichtere Handhabung großer Werte. Anfangs war Papiergeld oft durch Edelmetalle gedeckt, später trat der Staat als Garant auf. Es entstand das sogenannte Fiat-Geld (von lat. fiat „es werde“ oder „es geschehe“). Das Geld bekam seinen Wert dadurch, dass es

vom Staat als offizielles Zahlungsmittel herausgegeben und vom Staat zur Begleichung von Steuern akzeptiert wurde. In Deutschland wurde das Fiat-Geld mit der Einführung der Reichsmark im Jahr 1924 etabliert. Die Reichsmark ersetzte die zuvor hyperinflationäre Papiermark und war nicht mehr durch Gold gedeckt, sondern basierte auf dem Vertrauen in den Staat.

Buchgeld

Im Zuge der Entwicklung des Bankensystems entstand privates Buchgeld der Banken. Buchgeld, auch Giralgeld genannt, ist das Geld, das auf Bankkonten existiert. Es handelt sich um Guthaben, die von Banken in ihren Büchern geführt werden. Es entsteht hauptsächlich durch Kreditschöpfung, wenn Banken Kredite vergeben, aber z. B. auch, wenn ein Bankkunde Bargeld einzahlt. Buchgeld wird mittels Überweisungen, Lastschriften, Kreditkarten oder Schecks verwendet. Obwohl es nicht physisch ist, kann es in Bargeld umgewandelt werden. Heute spielt Buchgeld die entscheidende Rolle. Rund 90 % aller Zahlungen werden mit Buchgeld ausgeführt.

Funktionen des Geldes

Geld erfüllt in der modernen Wirtschaft vier Hauptfunktionen:

- Tauschmittel: Geld erleichtert den Austausch von Waren und Dienstleistungen.
- Zahlungsmittel: Geld kann genutzt werden, um finanzielle Verbindlichkeiten zu reduzieren, z. B. durch Steuerzahlungen an den Staat oder Tilgung eines Bankkredites.

- Wertaufbewahrungsmittel: Geld ermöglicht das Aufbewahren von Kaufkraft für zukünftige Transaktionen.
- Recheneinheit: Geld dient als Maßstab zur Bewertung von Waren und Dienstleistungen.

Letztlich kann man aber sagen, dass Geld ein Tauschmittel ist. Die Wertaufbewahrungsfunktion und die Recheneinheit sind Attribute des Tauschmittels; es lässt sich aufbewahren und es lässt sich zählen. Und selbst die Zahlungsmittelfunktion ist ein Attribut des Tauschmittels; ich bezahle damit Leistungen, die ich zuvor erhalten habe. Bei Steuerzahlungen sind es die Leistungen, die der Staat erbringt wie Infrastruktur, Sicherheit, Bildung usw.

Wir kommen noch darauf zurück, aber ich möchte hier schon einmal festhalten: **Heutiges Bar- und Buchgeld hat keinen inneren (intrinsischen) Wert!**

2. Chartalismus und Georg Friedrich Knapp

Einer, der das schön erkannt und erklärt hat, war Georg Friedrich Knapp (1842-1926). Er war Professor der Nationalökonomie und Rektor an der Universität Straßburg. Er prägte maßgeblich den Chartalismus (lat. charta „Papier, Dokument“), den er in seinem Buch „Staatliche Theorie des Geldes“ aus dem Jahre 1905 vorstellte.

Seine Hauptthese, mit der das Buch beginnt, lautet: „Geld ist ein Geschöpf der Rechtsordnung.“² Es erhält seinen Wert durch staatliche Akzeptanz und Nutzung zur Steuerzahlung. Der Staat bestimmt, was als Geld gilt, und erzwingt dessen Verwendung durch die Setzung von Steuerverbindlichkeiten in dieser Währung. Knapp betonte, dass Geld keine intrinsische Wertgrundlage haben muss, sondern seinen Wert durch staatliche Dekrete erhält. Das Vertrauen in den Staat und seine Fähigkeit, Steuern zu erheben, würde dem Geld seinen Wert verleihen.

Hinweis: Übrigens erklärt die MMT, dass überhaupt erst eine Steuerpflicht zur Akzeptanz einer ausgegebenen Währung führt, und nennt dafür ein sehr eindringliches und auch erschreckendes Beispiel: die Hüttensteuer in Afrika.

Die Hüttensteuer in Afrika

Die Hüttensteuer in britischen Kolonien in Afrika wurde von den britischen Kolonialherren gegen Ende des 19. Jahrhunderts eingeführt, um die lokale Bevölkerung zur Nutzung der britischen Währung zu zwingen.³ Diese Steuer verlangte, dass für jede

Hütte oder Behausung jährlich ein bestimmter Betrag in britischer Währung zu zahlen war. Da die traditionelle lokale Wirtschaft weitgehend auf Tauschhandel und anderen Formen von Warengeld basierte, mussten die Menschen nun britische Währung verdienen, um die Steuer begleichen zu können. Dies zwang sie, ihre Arbeitskraft an die Briten zu verkaufen, beispielsweise in Minen oder auf Plantagen, die in britischem Besitz waren. Auf diese Weise sicherten sich die Kolonialherren die erforderlichen Arbeitskräfte. Das Erschreckende bei diesem Beispiel war: Wenn jemand nicht zahlte, wurde dessen Hütte niedergebrannt. (Heute droht „nur“ eine Gefängnisstrafe, wenn die Steuern nicht entrichtet werden. Zudem zahlen Menschen ohne Einkommen auch keine Steuern, sodass niemand zur Arbeit gezwungen wird.)

Letztlich ist die gegenseitige Akzeptanz aller Marktteilnehmer natürlich mindestens ein genauso guter Grund, eine Währung zu akzeptieren.

Vielleicht auch hier ein schönes Beispiel, welches uns zugleich zu einer wesentlichen Aussage der MMT führt:

Silvio Gesell und das „Wunder von Wörgl“

Neben Georg Friedrich Knapps „staatlicher Theorie des Geldes“ von 1905 entwickelte der Ökonom Silvio Gesell die Freihirtschaftslehre.⁴ Sein Konzept des Freigeldes sah eine Umlaufgebühr vor, die die Zirkulation des Geldes erhöhen sollte.

Das „Wunder von Wörgl“ war ein ökonomisches Experiment in der kleinen österreichischen Stadt Wörgl in den Jahren 1932-1933. Angesichts der schweren Wirtschaftskrise und hohen Arbeitslosigkeit führte der Bürgermeister Michael Unterguggenberger den „Arbeitsbestätigungsschein“ ein, eine lokale Währung als Freigeld, basierend auf den Theorien von Gesell.

Dieses Freigeld verlor monatlich 1 % seines Wertes, was die Menschen dazu anregte, es schnell auszugeben, anstatt es zu horten. Konkret wurde dies so umgesetzt: Auf den Geldscheinen war ein Platz für Wertmarken vorgesehen. Jeden Monat mussten die Besitzer der Scheine eine Marke im Wert von 1 % des Nominalwerts kaufen und auf den Schein kleben, um ihn gültig zu halten. Dies entsprach einer jährlichen Umlaufgebühr von 12 %. Wer das Geld länger behielt, musste also regelmäßig für die Marken zahlen, was die Menschen dazu anspornte, das Geld möglichst schnell wieder auszugeben.

An die Mittel für die Investitionen kam die Stadt Wörgl durch die Ausgabe des Freigeldes selbst. Der Bürgermeister entschied, das Experiment zu starten, indem die Stadtverwaltung selbst das Geld in Umlauf brachte. Dies geschah, indem das Freigeld als Zahlungsmittel für städtische Projekte und Löhne verwendet wurde. Die Stadt investierte in verschiedene öffentliche Vorhaben wie den Bau von Straßen, Brücken und anderen Infrastrukturmaßnahmen. Die Menschen, die an diesen Projekten arbeiteten, wurden in Freigeld bezahlt und gaben dieses Geld dann

im lokalen Handel aus, was wiederum den wirtschaftlichen Kreislauf in Gang setzte.

Das Experiment führte tatsächlich zu einem wirtschaftlichen Aufschwung in Wörgl. Die Arbeitslosigkeit ging zurück und es wurden zahlreiche öffentliche Bauvorhaben realisiert. Die Umlaufgeschwindigkeit des Freigeldes war hoch, was die lokale Wirtschaft ankurbelte.

Das „Wunder von Wörgl“ endete jedoch abrupt, als die österreichische Nationalbank intervenierte und das Experiment verbot, da dieses gegen das Monopol der Notenbank auf die Ausgabe von Geld verstieß.

Was zeigt uns das „Wunder von Wörgl“? Der Staat (in diesem Fall eine Stadt) hat eine am Boden liegende Wirtschaft dadurch belebt, dass er für Nachfrage sorgte. Zum einen, indem er selbst investierte, und zum anderen, indem er Freigeld schuf, welches die Haushalte schneller ausgaben.

Und zu welcher wesentlichen Aussage der MMT führt uns dieses Beispiel nun? **Die Schlüsselgröße für das Funktionieren und den Wohlstand einer Volkswirtschaft ist die Nachfrage!**⁵

3. Weltwirtschaftskrise 1929

Jetzt kommen wir so langsam auf den Punkt.

In der Weltwirtschaftskrise (auch „Große Depression“ genannt), die 1929 durch einen Börsencrash ausgelöst wurde und ihren Höhepunkt 1933 hatte, ging das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der USA um ca. 45 % zurück.⁶ Es kam zu Massenarbeitslosigkeit, weitreichender Armut und sozialen Unruhen.

Der Börsencrash hatte weitreichende Auswirkungen auf die Nachfrage, die sich zum Teil direkt (durch Vermögensverluste von Aktionären und damit Konsumeinschränkung), aber auch indirekt (durch Einbruch der Immobilieninvestitionen, durch Insolvenzen institutioneller Anleger, darunter auch Banken, durch eingeschränkte Kreditvergaben u. Ä. m.) ergaben.

Das Ganze mündete in einer Abwärtsspirale mit den bekannten Auswirkungen.

Bekämpft wurde die Weltwirtschaftskrise durch die Einführung des New Deal unter Präsident Franklin D. Roosevelt unmittelbar nach seiner Amtseinführung am 4. März 1933.

Kurz gesagt umfasste der New Deal eine Reihe von regulatorischen Maßnahmen (z. B. die Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken), aber auch eine erhebliche Steigerung der Staatsausgaben für Investitionen und Unterstützungsleistun-

gen, was zu einer deutlichen Erhöhung der Gesamtnachfrage führte.

Entsprechend stieg die Staatsverschuldung deutlich an.

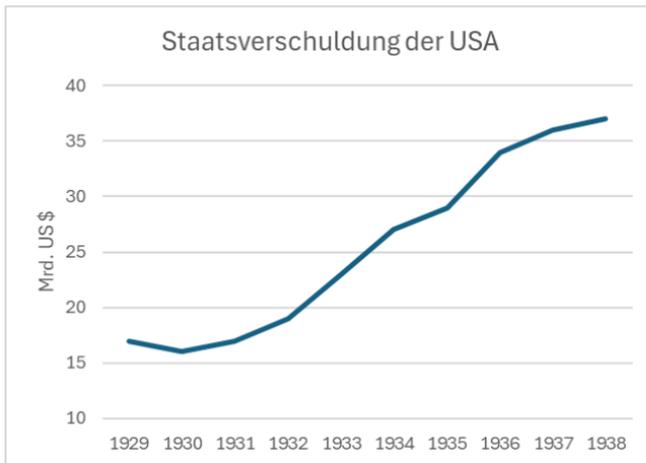


Abb. 1: „Staatsverschuldung der USA“
Darstellung des Autors, Quelle siehe Anhang⁷

Fairerweise muss man sagen, dass die Maßnahmen des New Deal die Folgen der Wirtschaftskrise zwar mildern konnten, aber nicht völlig beseitigten. Die Arbeitslosigkeit blieb dennoch hoch, wenn auch ihre Folgen für die Betroffenen durch die neuen sozialen Sicherungssysteme weniger hart waren.

Doch was genau änderte sich dann eigentlich ab und mit dem Börsencrash im Jahr 1929? Die Anzahl der verfügbaren Arbeitskräfte? Die verfügbaren Maschinen? Die Menge an Grund, Boden und Gebäuden? Die verfügbaren Rohstoffe? Nein? Nichts

davon? Alle zuvor vorhandenen Ressourcen waren weiterhin da?

Was fehlte denn dann?

Nachfrage! Einzig und allein Nachfrage – ausgelöst durch einen breiten Rückgang an Ausgaben für Güter und Dienstleistungen! Und dieser wurde wiederum ausgelöst durch die oben beschriebenen direkten und indirekten Folgen des Börsencrashes.

John Maynard Keynes, ein einflussreicher britischer Ökonom, hatte den Zusammenhang zwischen Nachfrage und Volkseinkommen erkannt. Wenn es nach ihm gegangen wäre, hätte Roosevelt die Staatsausgaben sogar noch deutlich stärker erhöht. Doch dessen Finanzminister Henry Morgenthau war dagegen. Auf Keynes werden wir noch ausführlicher eingehen.

4. Brüning's Deflationspolitik (1930-32)

Jetzt folgt aber erst einmal ein Beispiel, wozu es führen kann, wenn der Staat „spart“ oder, besser gesagt, die Ausgaben kürzt!

Die Deflationspolitik von Heinrich Brüning, Reichskanzler der Weimarer Republik (1930-1932), war geprägt von einem rigiden Sparkurs und drastischen Kürzungen der Staatsausgaben. Inmitten der Weltwirtschaftskrise versuchte Brüning, durch Steuererhöhungen sowie Senkung der Löhne und Sozialleistungen den Staatshaushalt zu konsolidieren. Sein Ziel war es, durch eine sogenannte „innere Abwertung“ – das Fachvokabular u. a. für Lohnsenkungen, aber auch für die Reduzierung von Staatsausgaben – die deutsche Wettbewerbsfähigkeit zu steigern sowie durch steigende Exporte mit entsprechenden Deviseneinnahmen die Reparationszahlungen zu erleichtern. Diese Politik führte jedoch zu einer Vertiefung der Wirtschaftskrise, zu hoher Arbeitslosigkeit und zu sozialer Not.⁸

Brüning war sich der Folgen vermutlich bewusst. Er hoffte aber darauf, dass die Siegermächte angesichts der Notlage in Deutschland die Reparationen reduzieren würden. Das war sein langfristiges Ziel, dem er eine „vorübergehende Vertiefung“ der Wirtschaftskrise unterordnete.

Doch seine Politik führte nicht nur zu einer Vertiefung der Wirtschaftskrise, sondern trug auch maßgeblich zur Radikalisierung der Gesellschaft bei, was das Erstarken extremistischer Kräfte wie der NSDAP begünstigte. Angesichts der aktuellen Dis-

kussionen um die Schuldenbremse und das Erstarken der AfD in Deutschland zeigt sich, wie relevant diese historische Erfahrung auch heute noch ist.

Nur der Vollständigkeit halber: Der Weg aus der Krise führte auch in diesem Fall über eine drastische Erhöhung der Staatsausgaben, wenn auch diese Ausgaben keinem nachhaltigen Zweck dienten, sondern den Vorbereitungen zu einem Krieg.

Es gibt aber auch ein jüngeres Beispiel für die Folgen einer solchen sogenannten inneren Abwertung, und zwar Griechenland.

5. Griechenland und die Forderungen der Troika

In Griechenland wurde die Strategie der sogenannten inneren Abwertung im Rahmen der internationalen Rettungspakete während der Eurokrise ab 2010 angewendet. Diese Maßnahmen wurden Griechenland von der sogenannten Troika (Europäische Kommission, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfonds) auferlegt, um seine Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und das hohe Haushaltsdefizit zu reduzieren.

5.1. Maßnahmen

Eine der ersten Maßnahmen war die drastische Kürzung von Löhnen und Gehältern im öffentlichen Sektor sowie die Reduzierung von Renten. Diese Kürzungen sollten die Lohnkosten insgesamt senken und die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft im internationalen Vergleich verbessern.

Auch im privaten Sektor gab es Druck, die Löhne zu senken, was zu einer allgemeinen Reduzierung der Einkommensniveaus führte.

Neben den Lohnkürzungen wurden auch die Steuern erhöht, insbesondere die Mehrwertsteuer und andere indirekte Steuern. Dies sollte die Staatseinnahmen erhöhen und das Haushaltsdefizit verringern.

Gleichzeitig wurden umfangreiche Sparmaßnahmen im öffentlichen Sektor umgesetzt, darunter die Kürzung von Sozial-

leistungen, die Schließung von staatlichen Einrichtungen und die Reduzierung von Investitionen in die Infrastruktur.

5.2. Folgen

Die Kombination aus Lohnkürzungen, Steuererhöhungen und Sparmaßnahmen führte zu einem drastischen Rückgang der Inlandsnachfrage. Griechenland geriet in eine tiefe und langanhaltende Rezession.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Griechenlands schrumpfte um 26 %, was zu einer massiven wirtschaftlichen und sozialen Krise führte.

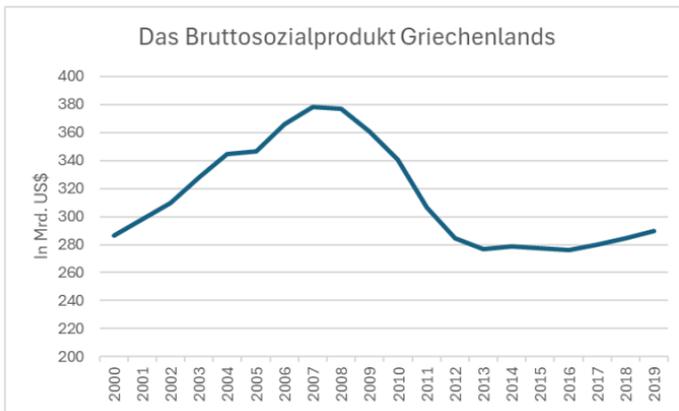


Abb. 2: „Das Bruttonettoprodukt Griechenlands“
Darstellung des Autors, Quelle siehe Anhang⁹

Die Arbeitslosigkeit stieg als Folge dieser Maßnahmen dramatisch an, insbesondere unter jungen Menschen.

Die Arbeitslosenquote erreichte Spitzenwerte von über 28 % im Jahr 2013¹⁰, wobei die Jugendarbeitslosigkeit gar bei über 70 % lag¹¹.

Die innere Abwertung führte zu deflationären Tendenzen, was die realen Schuldenlasten erhöhte. Da die Preise sanken, stieg die reale Last der Schulden (die in nominalen Beträgen fixiert waren), was die Rückzahlung noch schwieriger machte.

Der deflationäre Druck verstärkte die wirtschaftlichen Probleme noch, da die Schulden im Verhältnis zur schrumpfenden Wirtschaft immer größer wurden.

Die drastischen Sparmaßnahmen und die wirtschaftliche Not führten zu weitverbreiteten sozialen Unruhen. Es kam zu zahlreichen Streiks, Protesten und politischen Krisen.

Die soziale Unzufriedenheit führte auch zu einer erheblichen politischen Instabilität, mit häufigen Regierungswechseln und dem Aufstieg radikaler politischer Parteien.

5.3. Fazit

Die von der Troika geforderten Maßnahmen führten zwar dazu, dass einige der fiskalischen Ziele erreicht wurden. Das gilt insbesondere für die Reduzierung des Haushaltsdefizits und eine gewisse Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Allerdings geschah dies auf Kosten einer tiefen wirtschaftlichen Rezession, einer drastisch erhöhten Arbeitslosigkeit und erheb-

lichen sozialen Spannungen. Die Schuldenlast blieb trotz dieser Maßnahmen hoch und die langfristige wirtschaftliche und soziale Erholung Griechenlands ist nach wie vor eine Herausforderung.

6. Keynesianismus

Kommen wir nun zu dem schon früher erwähnten John Maynard Keynes und seinen Theorien.

John Maynard Keynes (1883–1946) war ein britischer Ökonom, dessen Ideen die moderne Wirtschaftstheorie maßgeblich beeinflusst haben. Er studierte Mathematik in Cambridge und begann seine Karriere im britischen Staatsdienst, bevor er sich der Lehre und dem Schreiben widmete.

Keynes wurde Professor für Wirtschaftswissenschaften in Cambridge und arbeitete zudem als Berater für die britische Regierung, insbesondere während und nach dem Ersten Weltkrieg.

Seine entscheidenden Erkenntnisse gewann er durch die Analyse der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren. Keynes erkannte, dass die klassische Wirtschaftstheorie, die auf Selbstregulierung der Märkte setzte, nicht ausreichte, um Krisen wie die „Große Depression“ zu bewältigen. Seine zentrale These lautete: „In Zeiten schwacher Nachfrage muss der Staat aktiv eingreifen, durch Ausgaben und Investitionen die Nachfrage ankurbeln und damit die Wirtschaft stabilisieren.“¹²

Das auch heute noch wichtigste und einflussreichste Werk von John Maynard Keynes ist „The General Theory of Employment, Interest and Money“ („Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“), das er 1936 veröffentlichte.

Der Keynesianismus spielte besonders von den 1930er Jahren bis in die 1970er Jahre eine bedeutende Rolle in der Wirtschaftspolitik. In den Nachkriegsjahren war er sogar bis in die 1970er hinein die dominierende ökonomische Schule, vor allem in den USA und Westeuropa.

Mit der Stagflation der 1970er Jahre, in der eine hohe Inflation, ein stagnierendes Wirtschaftswachstum und eine hohe Arbeitslosigkeit gleichzeitig auftraten, verlor der Keynesianismus dann an Einfluss und neoliberale Theorien, insbesondere der Monetarismus, gewannen an Bedeutung. Diese betonten, dass die Kontrolle der Geldmenge der entscheidende Faktor für Inflationsbekämpfung und wirtschaftliche Stabilität sei.

7. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Wenn wir zeigen wollen, wie sich z. B. Veränderungen der Staatsausgaben auf den privaten Sektor auswirken, kommen wir um die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung nicht herum.

Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung erfasst die wirtschaftlichen Aktivitäten eines Landes. Sie umfasst die Summe aller monetären Transaktionen, die im Laufe eines Jahres stattfinden, und zeigt, wie Einkommen generiert und verteilt wird.

Dazu wird die Volkswirtschaft in Sektoren zerlegt. Diese sind der Staat, der private Sektor (dieser wiederum gelegentlich unterteilt in Haushalte und Unternehmen) sowie das Ausland.

7.1. Berechnung des Bruttoinlandsproduktes (BIP)

Beginnen wir mit der Definition und Berechnung einer der wichtigsten Größen, des Bruttoinlandsproduktes. Die zentrale Formel lautet:

$$Y = C + I + G + (Ex - Im)$$

Das Bruttoinlandsprodukt (Y) stellt den Gesamtwert aller in einer Volkswirtschaft produzierten Güter und Dienstleistungen zu Endverkaufspreisen dar und ergibt sich aus der Summe der Konsumausgaben der privaten Haushalte (C) und der Ausgaben für Kapitalgüter wie Maschinen und Gebäude, aber auch aus Vorratsvermögen (I), den Staatsausgaben (G) sowie den Exporten (Ex) abzüglich der Importe (Im).

Bei dieser Gleichung fallen zwei Dinge auf: Erstens gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen den Staatsausgaben G und dem Bruttoinlandsprodukt Y . Und zweitens kommen in dieser Formel keine Staatsschulden vor.

7.2. Nettofinanzvermögen

Das Nettofinanzvermögen ist der Wert aller finanziellen Vermögenswerte eines Sektors (wie Geld, Anleihen und anderer Forderungen) abzüglich seiner finanziellen Verbindlichkeiten (wie Schulden). Es repräsentiert das finanzielle Überschussvermögen – oder das finanzielle Defizit – eines Sektors.

Die Summe des Nettofinanzvermögens einer geschlossenen Volkswirtschaft ist null. Die Ausgaben des einen sind immer die Einnahmen des anderen. Nimmt man das Ausland mit hinzu, kann ein Land zwar zu Lasten des Auslandes Nettofinanzvermögen aufbauen. Aber auch hier gilt: Das Nettofinanzvermögen der gesamten Erde ist null.

Daraus folgt ein weiterer sehr wichtiger Zusammenhang:

Alles, was ein Staat ausgegeben hat, abzüglich von allem, was er an Steuern eingenommen hat, wird vom Staat zwar als ‚Schulden‘ bezeichnet. (Jedenfalls sofern die Ausgaben die Steuereinnahmen übersteigen, was der Normalfall ist.) Zugleich erzeugt es aber beim privaten Sektor ein Nettofinanzvermögen in gleicher Höhe!

Das wird schön an der folgenden Tabelle deutlich, die die Vermögens- und Schuldpositionen der einzelnen Sektoren inklusive Ausland im Jahre 2022 zeigt:

Salden 2022 in Mrd. €	Unternehmen	Banken	Staat	Haushalte	Ausland
Aktiva	11.821	17.885	4.286	19.853	12.202
<i>Sachvermögen, SV</i>	7.049	366	2.764	12.398	
Anlagevermögen	5.261	274	1.840	7.045	
Grund und Boden	1.789	92	925	5.353	
<i>Geldvermögen, GV</i>	4.771	17.519	1.521	7.455	12.202
Bargeld und Einlagen	795	2.957	418	3.188	
Wertpapiere	2.752	8.837	749	1.994	
Sonstige Forderungen	1.224	5.726	355	2.273	
Ford. ggb. Ausland					12.202
Passiva	11.821	17.885	4.285	19.853	9.422
Verbindl. ggb. Ausland					9.422
<i>Fremdkapital</i>	3.615	13.528	2.537	2.154	
<i>Eigenkapital</i>	8.206	4.357	1.749	17.699	
Anteilsrechte	2.981	3.672			
Netto-/Reinvermögen	5.225	685	1.749	17.699	
Nettogeldvermögen	-1.825	320	-1.016	5.301	-2.780

Abb. 3: „Sektorale und gesamtwirtschaftl. Vermögensbilanzen 1999-2022“
Darstellung von Michael Paetz, Quelle siehe Anhang¹³

Wie die Tabelle zeigt, hatten die deutschen Haushalte 2022 ein Nettogeldvermögen von rund 5,3 Billionen Euro, das von den Unternehmen mit rund 1,8 Billionen Euro, dem Staat mit rund 1 Billion Euro und dem Ausland mit rund 2,8 Billionen Euro finanziert wurde.

Zusammen mit dem positiven Nettogeldvermögen der Banken in Höhe von 320 Milliarden Euro beträgt auch hier die Summe der Nettogeldvermögen aller Sektoren wie immer null.

Nachfolgend noch ein kleines Modell, das die Auswirkungen der Reduzierung von Staatsausgaben auf das Bruttoinlandsprodukt sowie das Einkommen und die Ersparnisse des privaten Sektors zeigt:

		Szenario I	Szenario II
C	Konsum	50	50
I	Investitionen	20	20
T	Steuern	30	30
G	Staatsausgaben	40	→ 20
<hr/>			
Y	= C + I + G	110	→ 90
S(p)	= Y - C - T	30	→ 10
ΔNFV	= S(p) - I	10	→ -10
S(g)	= T - G	-10	10
<hr/>			
Kontrolle	I - S	0	0
Kontrolle	ΔNFV + S(g)	0	0

Abb. 4: Modell „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung“
Darstellung des Autors

Bei diesem Modell handelt es sich um eine geschlossene Volkswirtschaft ohne Exporte und Importe. Doch das Weglassen des Außenhandels ändert nichts an der Systematik und erleichtert das Verständnis. Vorgegeben in diesem Modell sind Konsum, Investitionen, Steuern und Staatsausgaben.

Daraus errechnen wir in Szenario I zunächst das Bruttoinlandsprodukt Y mit 110 als der Summe aus Konsum (50), Investitionen (20) und Staatsausgaben (40).

Die Ersparnis des privaten Sektors $S(p)$ beträgt 30 und ergibt sich aus dem Volkseinkommen (110) abzüglich des Konsums (50) und der Steuern (30). Sie spiegelt wider, inwieweit sich *das Vermögen* des privaten Sektors ändert.

Wenn man von ihr abzieht, was nicht in Sachvermögen (Investitionen) geflossen ist, bekommt man als Ergebnis die Veränderungen *des Nettofinanzvermögens* ΔNFV des privaten Sektors angezeigt.

Bleibt noch die Ersparnis bzw. das Defizit des Staates $S(g)$, die bzw. das sich aus den Steuereinnahmen T abzüglich der Staatsausgaben G ergibt und immer der Änderung des Nettogeldvermögens des privaten Sektors entspricht, nur mit umgekehrten Vorzeichen.

Prüfen wir zu guter Letzt an diesem Modell noch zwei wesentliche Zusammenhänge der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die immer erfüllt sein müssen:

- Die Investitionen entsprechen immer der Gesamtersparnis (privater wie staatlicher Ersparnis) und subtrahieren sich somit zu null.
- Das Defizit des Staates entspricht immer der Zunahme des Nettofinanzvermögens des privaten Sektors (oder andersherum) und addiert sich somit zu null.

In unserem Szenario I hat der Staat ein Defizit $S(g)$ in Höhe von 10 (= -10). Die Ersparnis des privaten Sektors $S(p)$ beträgt 30 und davon werden 20 investiert. Somit bleiben genau 10 für den Anstieg seines Nettofinanzvermögens ΔNFV übrig.

In unserem Szenario II möchte der Staat sein Defizit $S(g)$ in Höhe von 10 (= -10) ausgleichen und einen Überschuss in Höhe von 10 (= +10) generieren. Dazu reduziert er bei gleichbleibendem Steueraufkommen die Staatsausgaben um 20.

Was passiert? Das Bruttoinlandsprodukt Y geht um 20 zurück, ebenso die Ersparnis des privaten Sektors $S(p)$. Zudem nimmt das Nettofinanzvermögen ΔNFV des privaten Sektors um 20 auf -10 ab. Damit entspricht diese Abnahme genau der Höhe des Haushaltsüberschusses, nur mit negativem Vorzeichen.

Was bedeutet das realwirtschaftlich gesehen? Das Volkseinkommen sinkt und der private Sektor erleidet einen Rückgang seines Nettofinanzvermögens ΔNFV .

Mehr noch: Da dieser das ggf. nicht möchte, wird er vielleicht den Konsum einschränken, was in der Folge zu einem weiteren Rückgang der Wirtschaft führen würde.

Das Paradoxe dabei ist: Der private Sektor als Ganzes würde sein Nettofinanzvermögen damit gar nicht erhöhen, weil eine Reduzierung des Konsums auch seine Einnahmen reduziert und sein Nettofinanzvermögen somit gleichbleibt. Im Gegenteil, reduzierter Konsum führt bei den Unternehmen zu einer

Reduzierung ihrer Investitionen. Und dann sinkt das Nettofinanzvermögen des privaten Sektors sogar. Das nennen die Ökonomen Sparparadoxon.

Würde der Staat also ständig Steuereinnahmen in Höhe der Staatsausgaben erzielen, gäbe es im privaten Sektor deutlich weniger finanzielle Rücklagen. Diese könnten dann nur noch durch Nettoexporte erzielt werden.

7.3. Die Identität von Investition und Ersparnis

Ein Klassiker in der Makroökonomie ist die sogenannte Identität von Investition und Ersparnis. Oft wird sie falsch interpretiert.

Die Gleichung $I = S$ sagt aus, dass die Investitionen in einer (geschlossenen) Volkswirtschaft gleich den Ersparnissen sind.

Gern wird es dann so formuliert, dass die Ersparnisse die Investitionen „finanzieren“. Doch das Interessante dabei ist, dass es eigentlich genau andersherum ist. Investitionen werden nämlich zum größten Teil mit Krediten und daher mit neu geschaffenem Geld finanziert.

Allerdings schaffen die Investitionen Ersparnisse, und zwar exakt in Höhe der Investitionen.

Schauen wir uns das wieder an einem stark vereinfachten Beispiel an.

Doch definieren wir zuvor noch „Ersparnisse“: In einer Volkswirtschaft sind Ersparnisse bei Haushalten das, was vom Einkommen nach Abzug von Konsum und Steuern übrigbleibt, bei Unternehmen sind sie der Gewinn und beim Staat der Saldo aus Staatsausgaben und Steuereinnahmen (hier sind die Ersparnisse meist negativ).

Diese Ersparnisse fließen entweder in die Bildung von Geldvermögen (z. B. Bargeld, Bankguthaben, Anleihen) oder Sachvermögen (z. B. Immobilien, Maschinen).

In der Makroökonomie wird Ersparnis somit als Veränderung des Geld- und Sachvermögens betrachtet, was verdeutlicht, dass Ersparnisse nicht nur Konsumverzicht darstellen, sondern auch die Vermögensbildung durch die Zunahme von Nettofinanzvermögen und Sachvermögen (Investitionen) widerspiegeln.

Das folgende einfache Beispiel geht davon aus, dass es nur den privaten Sektor gibt, also eine Volkswirtschaft ohne Staat.

Ein Unternehmer nimmt einen Kredit auf und investiert 100 € in eine Maschine. Diese kauft er von einem Maschinenhersteller, der die Maschine produziert. Der Maschinenhersteller erhält 100 € als Einkommen, die er teils spart (z. B. 20 €) und den Rest als Löhne an seine Mitarbeiter bzw. als Kaufpreise an Vorlieferanten zahlt (hier 80 €), die ihrerseits wiederum sparen oder das Geld ausgeben, wobei Letzteres wiederum zu Einkommen führt, welches ausgegeben oder gespart wird, usw.

Am Ende des Prozesses haben alle Beteiligten einen mehr oder weniger großen Anteil vom Einkommen gespart. Die Summe der Ersparnisse ergibt genau 100 € und entspricht damit dem Betrag, den der Unternehmer bezahlt hat.

Das Nettofinanzvermögen des privaten Sektors bleibt also gleich. Neu hinzugekommen ist allerdings der Vermögenswert Maschine.

Man kann es auch so formulieren: Die für eine Anschaffung getätigte Ausgabe führt bei anderen Marktteilnehmern zu einer gleich hohen Einnahme und das Nettofinanzvermögen der Gesamtwirtschaft bleibt somit gleich. Neu entstanden ist jedoch der Vermögenswert in gleicher Höhe.

Lassen Sie uns noch einmal festhalten: **Investitionen erhöhen das Vermögen. Das Vermögen finanziert aber nicht die Investitionen. Investitionen führen also zur Ersparnis und nicht umgekehrt!**

8. Modern Monetary Theory (MMT)

8.1. Entstehung

Warren Mosler gilt als der eigentliche Vorreiter und Begründer der Modern Monetary Theory (MMT). Er ist der wichtigste Denker hinter der Entwicklung dieser Theorie und hat in den 1990er Jahren viele der grundlegenden Konzepte formuliert, die heute mit der MMT in Verbindung gebracht werden. Mosler, Ökonom, ehemaliger Hedgefondsmanager und Unternehmer, veröffentlichte 1996 sein Buch „Soft Currency Economics“, welches inzwischen auch auf Deutsch erhältlich ist. Mosler schreibt in seinem Buch, dass Geld oft fälschlicherweise als eine ökonomische Ressource betrachtet wird, was es aber nicht ist.¹⁴

Stephanie Kelton ist ebenfalls eine zentrale Figur in der MMT-Denkschule und hat erheblich zur Verbreitung und Popularisierung der Theorie beigetragen. Sie hat die Ideen von Mosler aufgegriffen, weiterentwickelt und sie in die akademische Diskussion sowie die politische Debatte eingebracht. Dies insbesondere durch ihre Rolle als Wirtschaftsberaterin für Bernie Sanders und durch ihr Buch „The Deficit Myth“, das 2020 veröffentlicht wurde. Dieses Buch hat die Prinzipien der MMT einem breiteren Publikum zugänglich gemacht. Stephanie Kelton war Professorin für Wirtschaftswissenschaften an der Universität in Kansas City und ist jetzt Professorin an der Stony Brook Universität in New York. Kelton diente als Chefökonomin der Demokraten im Haushaltsausschuss des Senats in den Jahren 2015 und 2016. Sie beriet den Ausschuss in Haushaltsfragen und

trug zur Gestaltung der wirtschaftspolitischen Agenda der Demokraten bei.

In Deutschland gilt der promovierte Ökonom Dirk Ehnts als führender Vertreter der MMT. Ehnts arbeitet als externer Dozent im Online-Studiengang „Economics of Sustainability“ an der Torrens University Adelaide (Australien) sowie an der Steinbeis University – Schools of Next Practices in Berlin. Er ist Mitglied im Ausschuss für die Geschichte der Wirtschaftswissenschaften beim Verein für Socialpolitik, Autor mehrerer Bücher über Geldtheorie und Makroökonomik und Vorsitzender der Pufendorf Gesellschaft, die Konferenzen zur MMT veranstaltet.

8.2. Kernaussagen der MMT

Die MMT besagt, dass ein souveräner Staat mit eigener Währung über die Zentralbank unbegrenzt Geld schaffen kann. Öffentliche Ausgaben der jeweiligen Regierung werden dabei immer durch Geldschöpfung der Zentralbank getätigt, die im Auftrag dieser Regierung handelt. Steuern dienen zur Akzeptanz der Währung, zur Steuerung der Nachfrage, zur Korrektur von Ungleichheit und zur Beeinflussung von Ausgabe- und Verhaltensentscheidungen. Sie dienen jedoch nicht zur Finanzierung des Staates.¹⁵

- Der Staat sollte die Nachfrage über die Staatsausgaben so steuern, dass Vollbeschäftigung erreicht wird.
- Die Hauptbeschränkung für Staatsausgaben sind die Ressourcen. Inflation, und nicht das Haushaltsdefizit, ist der relevante Anzeiger von Knappheit.

- „Staatsschulden“ sind kein Problem für Länder mit einer eigenen Währung, solange diese in der eigenen Währung aufgenommen werden. Der Staat kann dann nicht zahlungsunfähig werden. Daher ist die Höhe der „Staatsschulden“ keine relevante Größe für die Zahlungsfähigkeit eines Staats.

8.3. Kritik an der Schuldenbremse

Die Schuldenbremse wird als hinderlich für wirtschaftliches Wachstum und Vollbeschäftigung angesehen. Sie beschränkt staatliche Ausgaben und ist nicht nur in Krisenzeiten kontraproduktiv. MMT-Vertreter argumentieren, dass diese Beschränkung unnötig sei, da ein Staat mit eigener Währung immer zahlungsfähig bleibe.

Ja, Angela Merkel hat anlässlich der Finanzkrise 2008 sinngemäß gesagt: „Der Staat muss wirtschaften wie eine schwäbische Hausfrau. Sie würde auch nicht dauerhaft über ihre Verhältnisse leben.“¹⁶ Doch das ist schlicht falsch! Denn wie wir im vorigen Kapitel gesehen haben, hätten die Deutschen kein Nettofinanzvermögen aufbauen können (außer zu Lasten des Auslands), wenn der Staat permanent einen ausgeglichenen Haushalt gehabt hätte.

Und genauso falsch ist auch die Einschätzung von Herrn Lindner, die Schuldenbremse wäre richtig und gut. Die Schuldenbremse verhindert überfällige Infrastrukturmaßnahmen sowie

dringend notwendige Investitionen in Bildung, Sicherheit und sozialen Frieden.

Was sagen Experten dazu?

Sachverständigenrat für Wirtschaft

„In ihrer aktuellen Ausgestaltung ist die Schuldenbremse starrer, als es zur Aufrechterhaltung der Schuldentragfähigkeit notwendig ist. Sie beschränkt die fiskalischen Spielräume für zukunftsgerichtete Ausgaben unnötig stark.“¹⁷

Marcel Fratzscher, Präsident des DIW Berlin

„Die Schuldenbremse ist nicht zeitgemäß und zu einer akuten Bedrohung für Deutschlands Zukunftschancen und Wohlstand geworden. [...] Der deutsche Staat muss dringend notwendige öffentliche Investitionen in Innovation, Sicherheit, Infrastruktur und Bildung tätigen, damit Deutschland im globalen Wettbewerb bestehen und langfristig gute Arbeitsplätze sichern kann.“¹⁸

OECD

Angesichts der Konjunkturlaute in Deutschland hat die Organisation der Industriestaaten OECD der Bundesregierung Maßnahmen zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums nahegelegt. Dazu gehöre eine Reform der Schuldenbremse, um den Spielraum für Nettoinvestitionen zu erhöhen, sagte der OECD-Deutschlandexperte Robert Grundke.¹⁹

8.4. Empirische Beobachtungen

Wie tätigt ein Staat seine Ausgaben?

Ein Staat tätigt seine Ausgaben dadurch, dass er die Bundesbank (Zentralbank) anweist, das Zentralbankkonto der Bank des Empfängers (z. B. eines Bauunternehmens) um den Betrag X zu erhöhen.²⁰

An dieser Stelle könnte der ganze Vorgang theoretisch (und auch praktisch) enden. Das Geld für diese Zahlung wird im Moment der Gutschrift neu erzeugt, wie bei allen Zahlungen der Bundesregierung.

Es gibt zwar die Konvention, dass die Zahlung auch vom Konto des Staates abgebucht wird und dass dieses Konto am Ende des Geschäftstages (also nicht bei Ausführung der Zahlung) ausgeglichen sein muss, aber das ist weder eine technische noch eine ökonomische Notwendigkeit, sondern eine politische Regel in der Eurozone. Genauso gut könnte man fordern, dass Zahlungen nur dann ausgeführt werden dürfen, wenn ein willkürlich festgelegtes Kriterium erfüllt wird – zum Beispiel, dass der Finanzminister eine Sechs gewürfelt hat.

Der Unterschied zur schwäbischen Hausfrau besteht darin, dass diese eine Zahlung eben tatsächlich nur mit Mitteln ausführen kann, die ihr andere zur Verfügung gestellt haben (Einkommen, Transferleistungen, Veräußerung von Vermögen, Kredit). Immer muss sie das Geld von dritter Seite erhalten. Sie kann es niemals selbst erzeugen.

Was macht ein Staat mit Steuern?

Wie weiter oben schon ausgeführt, dienen Steuern zur Akzeptanz der Währung, zur Steuerung der Nachfrage, zur Korrektur von Ungleichheit und zur Beeinflussung von Ausgabe- und Verhaltensentscheidungen. Mit Steuern entzieht der Staat dem privaten Sektor zum Beispiel überschüssige Kaufkraft und steuert ein wenig das Verhalten der Menschen (Tabaksteuer usw.).

Vollständig auf das reduziert, was ökonomisch tatsächlich passiert, kann man also sagen, der Staat erzeugt alles Geld, was er für eine Ausgabe braucht, im Moment der Zahlung neu und zieht Geld über Steuern wieder ein.

Dieses Geld wiederum „vernichtet“ er, wie es Warren Mosler in einem YouTube-Video so wunderbar darstellt²¹.

Dafür gibt es auch ein reales Beispiel aus der amerikanischen Kolonialzeit, in der es noch kein elektronisches Geld gab: Im Jahre 1755 führte die Kolonie Virginia, wie viele andere britische Kolonien in Nordamerika, Papiergeld ein. Dabei war es eine besonders interessante Praxis, dass die Kolonialregierung das eingezogene Papiergeld nach dem Eintreiben der Steuern oft vernichtete und neues Geld ausgab, anstatt das alte Geld wieder in Umlauf zu bringen. Warum machte Virginia das? Die Qualität des Papiergeldes war noch nicht so gut und man wollte sich den Aufwand, das eingenommene Steuergeld zu zählen, zu sortieren und beschädigte oder verblasste Scheine auszusortieren, einfach sparen.

8.5. Stimmen hierzu

Dass der Staat in Wirklichkeit Steuern gar nicht benötigt, um seine Ausgaben zu finanzieren, ist für die allermeisten Menschen (darunter auch Ökonomen und Politiker) völlig unverständlich. Lassen wir deshalb wieder einige namhafte Experten zu Wort kommen.

Beardsley Ruml

Beardsley Ruml, der ehemalige Vorsitzende der New York Federal Reserve, sagte 1946 (!) in einem Vortrag mit dem Titel „Taxes for Revenue Are Obsolete“: „The necessity for a government to tax in order to maintain both its independence and solvency is true only for states that do not have sovereign control of their currency. [...] The role of taxes is essentially to regulate the purchasing power of individuals and businesses.“²²

Übersetzt: „Die Notwendigkeit für eine Regierung, Steuern zu erheben, um sowohl ihre Unabhängigkeit als auch ihre Zahlungsfähigkeit zu wahren, gilt nur für Staaten, die keine souveräne Kontrolle über ihre Währung haben. [...] Die Rolle von Steuern besteht im Wesentlichen darin, die Kaufkraft von Einzelpersonen und Unternehmen zu regulieren.“

Alan Greenspan

Alan Greenspan, Vorsitzender der amerikanischen Notenbank von 1987 bis 2006, äußerte in einer Anhörung des US-Kongresses im Jahr 2005 sinngemäß, dass der Staat keine Steuern benötigt, um seine Ausgaben zu tätigen, da er seine eigene

Währung drucken kann. Das Zitat im Wortlaut lautet: „The United States can pay any debt it has because we can always print money to do that. So there is zero probability of default.“²³

Ben Bernanke

Ben Bernanke, Vorsitzender der amerikanischen Notenbank von 2006 bis 2014, sagte 2009 in einem Interview mit CBS auf die Frage, ob die Zentralbank zur Beseitigung der Finanzkrise Steuergelder ausgeben würde: „It's not tax money. The banks have accounts with the Fed, much the same way that you have an account in a commercial bank. So, to lend to a bank, we simply use the computer to mark up the size of the account they have with the Fed.“²⁴

Übersetzt: „Es ist kein Steuergeld. Die Banken haben Konten bei der Fed [Anm.: Zentralbank der USA], ähnlich wie Sie ein Konto bei einer Geschäftsbank haben. Um einer Bank Geld zu leihen, nutzen wir einfach den Computer, um den Betrag des Kontos, das sie bei der Fed hat, zu erhöhen.“

8.6. Was sagt das Bundesministerium für Finanzen?

„Die Einnahmen des Bundes setzen sich aus Steuern, sonstigen Einnahmen und Krediten zusammen. Wichtigste Einnahmequellen sind Umsatzsteuer, Lohn- und Einkommensteuer sowie die Nettokreditaufnahme. Auch die Energiesteuer oder die Tabaksteuer zählen zu den Einnahmen. Mit diesen Einnahmen werden die Aufgaben des Bundes finanziert.“²⁵

Andererseits wird das Guthaben des Staates bei der Zentralbank nicht zur Geldmenge M_0 (Zentralbankgeld) gezählt, weil es sich dabei um ein internes Konto handelt, das keine direkte Wirkung auf den Geldumlauf hat. Zum Zentralbankgeld zählen nur Bargeld sowie die Zentralbankguthaben der Geschäftsbanken, also die Mittel, die tatsächlich für wirtschaftliche Transaktionen zur Verfügung stehen, und nicht solche, die lediglich intern verrechnet werden.²⁶

Geld entsteht also erst mit der „Zahlung“. Und Steuerzahlungen, die beim Staat eingehen, sind vernichtetes Geld. Sie erhöhen zwar das Konto der Bundesregierung, doch dieses ist nur ein Verrechnungskonto und kein Teil der Geldmenge.

Es ist interessant, dass das Bundesministerium für Finanzen dessen ungeachtet argumentiert, der Staat finanziere sich über Steuern und Anleihen. Wir kommen am Schluss nochmal darauf zurück.

9. Kritik an der MMT

9.1. Inflation

Der am häufigsten erhobene Vorwurf lautet, die MMT öffne überbordenden Staatsausgaben Tür und Tor und leiste damit der Inflation Vorschub. Doch das stimmt nicht.

Die MMT erkennt sehr wohl an, dass es für Staatsausgaben Grenzen gibt. Diese Grenzen liegen aber nicht beim Geld! Sie liegen bei den zur Verfügung stehenden Ressourcen. Diese gilt es zu betrachten und auszuweiten. **Der Engpass sind die Ressourcen, nicht das Geld.** Als Ressourcen werden u. a. Arbeitskräfte, Energie und Rohstoffe, Gebäude und Grundstücke sowie Güter und Dienstleistungen gesehen, die der Staat für die Durchführung seiner Aufgaben benötigt.

Darüber hinaus ist Inflation überwiegend nicht nachfrage-, sondern meist angebotsgetrieben. Die Preise steigen überwiegend nicht wegen einer zu hohen Nachfrage nach Gütern oder Dienstleistungen, sondern wenn die Anbieter die Preise erhöhen, etwa weil ihre eigenen Kosten steigen. Dies geschieht beispielsweise durch Lohnsteigerungen, wenn diese über dem Produktivitätszuwachs liegen, oder durch höhere Preise für Energie, Rohstoffe und Vorprodukte, z. B. aufgrund einer Verknappung des Angebots, so geschehen während der Coronapandemie, als die weltweiten Lieferketten zusammenbrachen, und nach dem russischen Überfall auf die Ukraine.

In solchen Fällen hilft auch eine Zinserhöhung der EZB nichts, denn es galt ja eben nicht, Investitionen und Konsumnachfrage zu reduzieren. Diese waren ja nicht zu hoch.

Nein, die Inflation kam von selbst zurück, wie es z. B. Maurice Höfgen völlig richtig vorhergesagt hat.²⁷

Wohl aber haben die gestiegenen Zinsen den Immobilienmarkt einbrechen lassen!

Das Beispiel Japan

Ein gutes Beispiel dafür, dass hohe Staatsausgaben und damit einhergehend eine hohe Staatsverschuldung keinerlei Auswirkung auf die Inflation haben, ist Japan. Japan hat seine Staatsausgaben seit 1990 immer wieder deutlich erhöht, um die wirtschaftliche Stagnation zu bekämpfen. Seine Staatsverschuldung liegt derzeit bei etwa 250 % des BIP (zum Vergleich: Deutschland lag 2023 bei 64 %). Doch Japans Inflationsrate lag lange nahe null und hat sich erst zuletzt leicht erhöht. Seit September 1995 liegt der Zins der japanischen Zentralbank bei unter einem Prozent. Er wurde auch während der Energiepreisinflation nicht angehoben. Trotzdem lag die Inflation 2023 in Japan (3,27 %) unter der in den USA (4,12 %) und in Deutschland (5,95 %).²⁸

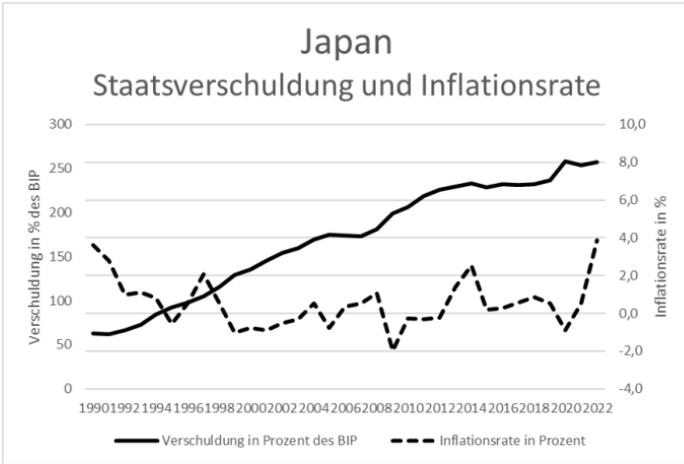


Abb. 5: „Japan – Staatsverschuldung und Inflationsrate“
Darstellung des Autors, Quelle siehe Anhang²⁹

Wie schaffte es Japan, dass die hohen Staatsausgaben und damit einhergehend die hohe Staatsverschuldung nicht zur Inflation führten? Wie gesagt, blieb die Inflation in Japan ja lange Zeit trotz seiner hohen Staatsausgaben sehr niedrig, war teilweise sogar negativ (Deflation). Nun, dies lag daran, dass die zusätzlichen Staatsausgaben nicht zu einer übermäßigen Nachfrage führten, die das Angebot überstiegen hätte. Stattdessen kompensierten sie die schwache private Nachfrage durch den Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur.

Das japanische Beispiel zeigt, dass hohe Staatsausgaben, die auf die Nutzung ungenutzter Kapazitäten abzielen, keine Inflation erzeugen müssen, solange die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nicht die Produktionsmöglichkeiten übersteigt.

Das Beispiel Marshallplan

Der Marshallplan, offiziell als European Recovery Program (ERP) bekannt, wurde 1948 von den USA initiiert, um die kriegszerstörten Volkswirtschaften Europas wieder aufzubauen. Das Programm stellte etwa 13 Milliarden US-Dollar (heute inflationsbereinigt ca. 130 Milliarden US-Dollar) für den Wiederaufbau bereit.³⁰

Die Mittel wurden in Form von Krediten und Zuschüssen bereitgestellt, die vor allem für den Wiederaufbau der Infrastruktur, den Wiederaufbau von Produktionsanlagen und die Stabilisierung der Währungen verwendet wurden.

Diese Ausgaben führten zu einer signifikanten wirtschaftlichen Erholung in Westeuropa. Produktionskapazitäten wurden wiederhergestellt, die Arbeitslosigkeit sank und das Wirtschaftswachstum beschleunigte sich. Der Plan trug dazu bei, dass die wirtschaftliche Aktivität in vielen Ländern bereits in den frühen 1950er Jahren wieder das Vorkriegsniveau erreichte.

Trotz der umfangreichen Staatsausgaben gab es keine signifikante Inflation, die die wirtschaftliche Erholung gefährdet hätte. Dies lag daran, dass die Marshallplan-Mittel hauptsächlich in den Wiederaufbau investiert wurden, wodurch das Angebot an Gütern und Dienstleistungen erhöht und somit die Gefahr einer nachfragegetriebenen Inflation gemindert wurde.

Das Trauma der Deutschen: die Hyperinflation von 1923

Lassen Sie uns zum Schluss noch schauen, was die bis heute unterschwellig vorhandene Angst, die Hyperinflation von 1923, auslöste:

Die Reparationszahlungen, die Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg leisten musste, wurden in Goldmark, Devisen oder Sachleistungen erbracht.

Um die notwendigen Devisen zu beschaffen, exportierte Deutschland Waren und versuchte, auf dem internationalen Markt Devisen zu kaufen. Letzteres führte zu einem hohen Angebot an Papiermark, die daraufhin abwertete. Dies erhöhte die Preise für importierte Güter. Die Exporte reduzierten zudem das Güterangebot im Inland. Massiv verstärkt wurde diese Reduzierung infolge der Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen im Januar 1923. Der gegen sie gerichtete passive Widerstand der deutschen Arbeiter führte zu einem Produktionsrückgang im Ruhrgebiet von geschätzt 50 %.

Dennoch wurden die Arbeiter von der Regierung bezahlt. Gleichzeitig tilgte der Staat mit frisch gedrucktem Geld Kriegsschulden bei inländischen Banken und bei seinen Bürgern. Damit war viel mehr Geld im Umlauf und es gab eine viel höhere Nachfrage nach Gütern, als produziert werden konnten bzw. als für den deutschen Markt verfügbar waren (siehe Reparationen). Folglich stiegen die Preise für das im Verhältnis zum verfügbaren Geld viel zu geringe Güterangebot rasant an.

Zusammenfassung

Sowohl der Marshallplan als auch die japanische Wirtschaftspolitik seit den 1990er Jahren verdeutlichen, dass staatliche Ausgaben, die darauf abzielen, die Produktion zu steigern und vorhandene Ressourcen zu nutzen, nicht unbedingt inflationäre Wirkung haben. Entscheidend ist, dass die Staatsausgaben so gestaltet sind, dass sie die Kapazitäten der Wirtschaft erweitern oder effizienter nutzen, anstatt eine übermäßige Nachfrage zu erzeugen, die das Angebot übersteigt. Diese Beispiele untermauern die Argumentation der MMT, dass eine Inflation nicht durch Staatsausgaben an sich, sondern durch das Missverhältnis zwischen Nachfrage und Ressourcen verursacht wird.

9.2. Zinslast

Das Argument, dass die Zinslast die Staatsausgaben belastet, stimmt nur, wenn man sich der Schuldenbremse unterwirft. Für Zinsen gilt das Gleiche wie für alle Staatsausgaben: Das Geld für ihre Zahlung kann der Staat jederzeit erzeugen bzw. erzeugt es ja auch tatsächlich. Die Zinslast wird also nicht vom Steuerzahler aufgebracht.

Zwar profitieren überwiegend Wohlhabende von den Zinsen, die noch dazu den größten Teil dieser Einnahmen sparen und nicht verkonsumieren, doch stellt dieser Effekt keinen Nachteil im Vergleich zu einem Szenario ohne oder mit niedrigeren Zinszahlungen dar.

9.3. Hypothek

Ein weiterer Vorwurf lautet, die MMT laste unseren Kindern und Enkeln Hypotheken in Form von Staatsschulden auf.

Doch wie wir in Kapitel 7 gesehen haben, **erhöhen** Staatsschulden sogar das Nettofinanzvermögen des privaten Sektors, und zwar 1:1.

Schauen wir uns an, wie ein Staat Schulden macht:

Der Staat gibt Schuldscheine, sogenannte Anleihen, heraus, die dem Käufer versprechen, dass er am Ende der vereinbarten Laufzeit den Nennwert (also den Betrag, der auf dem Schuldschein angegeben ist) zurückgezahlt bekommt und zudem noch den ebenfalls vereinbarten Zins erhält. Diese Anleihen werden im ersten Schritt von zugelassenen Banken gekauft und gelangen von dort an Investoren wie Fonds, Versicherungsgesellschaften oder Privatpersonen.

Was passiert dabei genau?

Der Staat gibt eine Anleihe über, sagen wir, 100 € heraus. (Das bezeichnet man auch als „Anleihe emittieren“.) Diese kauft der private Sektor und tauscht Geld gegen die Anleihe. Das Nettofinanzvermögen bleibt gleich.

Nun gibt der Staat das Geld aus und das erhöht das Nettofinanzvermögen des privaten Sektors.

Was passiert danach mit den Anleihen?

- Jetzt gibt es Forderungen (Anleihen) auf der Seite des privaten Sektors und Schulden auf der Seite des Staates. Letztere werden entweder noch innerhalb der Käufergeneration getilgt oder beides, die Forderung des privaten Sektors und die Staatsschuld, wird an folgende Generationen weitergereicht.
- Die Forderungen schaffen Zinseinnahmen für den privaten Sektor.

Was passiert bei der Rückzahlung der Anleihe?

Der Anleihebesitzer gibt die Anleihe zurück und erhält den entsprechenden Betrag auf seinem Konto gutgeschrieben. Sein Nettofinanzvermögen bleibt unverändert – er hat lediglich eine auf Geld lautende Forderung in Giralgeld umgewandelt.

Gleichzeitig emittiert der Staat in der Regel eine neue Anleihe, um das durch die Tilgung in den Kreislauf gelangende Geld wieder abzuschöpfen. Natürlich geschieht das nicht 1:1. Aber wenn Anleihen zur Rückzahlung fällig werden, wird der Staat in den allermeisten Fällen vorher neue Anleihen emittieren. Seine Verschuldung ändert sich also nicht. Er „tilgt“ Schulden mit neuen Schulden.

Diese Tilgung von Staatsschulden ist dem Staat ökonomisch gesehen jederzeit möglich und führt zu keinen Einschränkungen.

kungen. Insbesondere muss der Staat hierzu nicht von kommenden Generationen Steuern erheben.

Daher sollte eine Staatsverschuldung nicht als Hypothek für kommende Generationen betrachtet werden, sondern als ein Instrument, das das heutige wie zukünftige Wohlstandspotenzial steigern kann.

Oder, wie es Maurice Höfgen so treffend schreibt: „Staatsausgaben [Anm.: und in der Folge Staatsschulden] kosten uns kein Geld, sie machen uns reicher.“³¹

10. Widerstände gegenüber der MMT

Trotz der starken Argumente und der Unterstützung durch namhafte Ökonomen bleibt die MMT umstritten und wird von vielen Professoren, Lehrbüchern und Politikern ignoriert oder sogar bekämpft. Die Weigerung, sich ernsthaft mit der MMT auseinanderzusetzen, liegt an mehreren Faktoren:

10.1. Traditionelle Wirtschaftslehre

Die neoklassische Theorie, die tief in der ökonomischen Ausbildung verwurzelt ist, prägt nach wie vor das Denken vieler Ökonomen und Politiker. Die MMT, die auf keynesianischen Grundlagen aufbaut, widerspricht in entscheidenden Punkten den etablierten Denkmustern, insbesondere bei der Staatsverschuldung und der Rolle der Fiskalpolitik. Die neoklassische Wirtschaftslehre basiert auf Gleichgewichtsmodellen, während die MMT einen völlig anderen Ansatz verfolgt, indem sie sich mit realen Transaktionen und Bilanzen auseinandersetzt. Die MMT versucht, die tatsächliche Wirtschaft zu erklären, anstatt Annahmen zu treffen, die oft nicht zur Realität passen. Eine Kommunikation zwischen beiden Ansätzen gestaltet sich schwierig, da fehlerhafte Annahmen der traditionellen Modelle als unvermeidbar dargestellt werden. Gleichzeitig lassen sich die Aussagen der MMT nicht in gleichgewichtstheoretische Makromodelle integrieren, da diese auf Annahmen basieren, die die MMT nicht teilt. Aus diesem Grund ist die bisherige Diskussion zur MMT in Fachzeitschriften eher dürftig.

10.2. Politische Ideologien

Viele politische Ideologien favorisieren eine restriktive Fiskalpolitik und geringe staatliche Interventionen, was im Widerspruch zu den expansiven staatlichen Ausgaben steht, die die MMT vorschlägt. Vertreter neoliberaler politischer Ideologien gehen davon aus, dass Knappheiten von Gütern und Dienstleistungen nicht durch staatliche Maßnahmen behoben werden können, sondern lediglich zu höheren Preisen führen. Dass dies ohne staatliche Intervention in der Tat oft der Fall ist, zeigt sich besonders deutlich im Wohnungsmarkt. Das Problem des fehlenden Wohnraums wird vom Markt nicht gelöst, stattdessen steigen nur die Mieten. Doch Ressourcen für einen staatlichen Wohnungsbau gäbe es in Deutschland und der Eurozone genug.

10.3. Angst vor Instabilität

Es gibt die Sorge, dass ein Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik zu Unsicherheit und Instabilität führen könnte, was neben den Anleihemärkten auch die Aktienmärkte und Investoren betreffen könnte.

10.4. Akzeptanz von Steuern

Nahezu alle Steuerzahler sehen Steuern als Mittel zur Finanzierung des Staates. Doch wenn Steuerzahler begreifen würden, dass Steuern primär der Umverteilung, der Kontrolle der Inflation und der Sicherung der Nachfrage nach staatlicher Währung dienen, könnte das ihre Bereitschaft zur Zahlung von Steuern grundlegend ändern.

Diese Faktoren zeigen, dass die Diskussion um die MMT nicht nur auf ökonomischen Argumenten basiert, sondern auch auf tieferen gesellschaftlichen und politischen Strukturen, die es zu verstehen gilt. Und m. E. erklären sie auch, weshalb sich das Bundesministerium für Finanzen nicht entsprechend äußert.

11. Staatsverschuldung ausgewählter Länder

Wir haben uns zuletzt mit den Ursachen für den relativ einheitlichen Widerstand der Mainstream-Ökonomie gegen die MMT befasst. Die Kritik beruht überwiegend auf einem fehlenden Verständnis der MMT. Die Sorgen kann man dagegen zum Teil nachvollziehen.

Um es daher noch einmal deutlich zu sagen: Die MMT redet nicht den unbegrenzten Staatsausgaben das Wort. Und es ist auch nicht erforderlich, das bisherige Handeln in der Fiskalpolitik grundlegend anders zu gestalten. Es reicht völlig zu wissen, dass es bei den Staatsausgaben Spielräume gibt.

Lassen Sie uns deshalb noch schauen, wie sich andere Industrienationen verhalten:

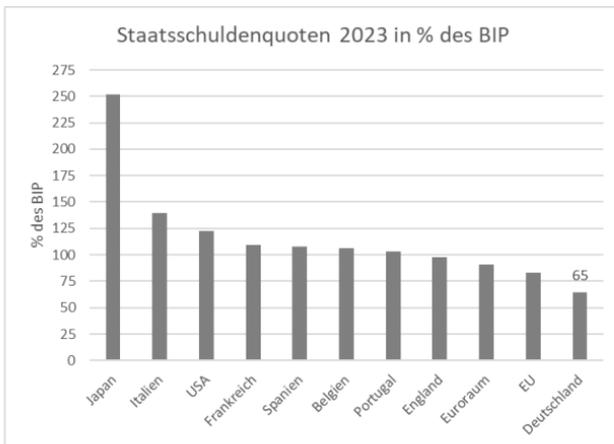


Abb. 6: „Staatsschuldenquoten 2023 in % des BIP“
Darstellung des Autors, Quelle siehe Anhang³²

Wie wir dieser Grafik entnehmen können, liegt Deutschland mit seiner Verschuldungsquote von 65 % im Vergleich zu anderen Industrieländern am unteren Ende der Skala. Japan hatten wir bereits erwähnt, aber auch die USA weisen mit 123 % eine deutlich höhere Schuldenquote auf und selbst die EU-Staaten insgesamt liegen im Durchschnitt bei 83 %.

Bei einem deutschen BIP von etwa 4,25 Billionen Euro im Jahr 2024 würde bereits eine Erhöhung der Schuldenquote um nur 10 Prozentpunkte es ermöglichen, fast den gesamten Bundeshaushalt des Jahres 2024 von 477 Milliarden Euro zusätzlich auszugeben.

Selbstverständlich nicht auf einen Schlag. Doch dieses einfache Rechenbeispiel zeigt, dass Deutschland fiskalische Spielräume hat, die genutzt werden könnten, um in wichtige Bereiche wie Infrastruktur, Bildung oder den sozialen Frieden zu investieren – alles zentrale Faktoren für zukünftigen Wohlstand.

12. Ganz aktuell: das Corona-Hilfsprogramm

Weshalb diskutieren wir eigentlich noch über die Modern Monetary Theory? Der Nachweis, dass sie Recht hat, liegt doch längst vor. Mit dem Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) hat die Europäische Zentralbank (EZB) während der Corona-Krise eindrucksvoll gezeigt, dass Geld nie der limitierende Faktor für staatliches Handeln ist. Wenn ein Staat notwendige Maßnahmen unterlässt, liegt es am fehlenden politischen Willen – nicht am Geld.

Mit Hilfe von PEPP konnten die Staaten des Euroraums immense Geldmittel mobilisieren, ohne sich Gedanken über Finanzierungsquellen oder vermeintlich schädliche Auswirkungen von Staatsschulden machen zu müssen.

Volumen und Ziel des PEPP

Das Programm hatte ein Gesamtvolumen von 1.850 Milliarden Euro und wurde von der Europäischen Zentralbank (EZB) im März 2020 als Reaktion auf die wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie gestartet.³³

Ziel war es, den Mitgliedstaaten des Euroraums günstige Finanzierungsbedingungen zu sichern und sie in die Lage zu versetzen, umfangreiche Hilfs- und Stabilisierungsmaßnahmen zu ergreifen, um einen Einbruch der Wirtschaft zu verhindern.

Funktionsweise des PEPP

Während der Pandemie gaben die Staaten des Euroraums Anleihen heraus, um ihre gesteigerten Ausgaben zu finanzieren. Diese Anleihen wurden über den sogenannten Sekundärmarkt (Geschäftsbanken) von den nationalen Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank (EZB) aufgekauft.

Der indirekte Ankaufmechanismus ermöglichte es der EZB, die Staaten effektiv zu finanzieren, ohne gegen das Verbot der direkten Staatsfinanzierung durch die Zentralbank zu verstoßen.

Dabei diente der Kapitalschlüssel der nationalen Zentralbanken, der sich an der Wirtschaftskraft und Bevölkerung der Mitgliedstaaten orientiert, als Grundlage für die Verteilung der Ankäufe. Deutschland erhielt als größte Volkswirtschaft des Euroraums einen entsprechend großen Anteil.

Aufgrund des Programms hatten die Banken die Gewissheit, dass die von ihnen gekauften Anleihen jederzeit an die Zentralbanken weiterverkauft werden konnten. Diese Garantie schuf Sicherheit und Liquidität, was die Bereitschaft der Banken erhöhte, auch in unsicheren Zeiten Staatsanleihen zu erwerben.

Mit dem aufgenommenen Geld finanzierten die Staaten Maßnahmen wie die Erweiterung und Verlängerung des Kurzarbeitergelds, die Gewährung von finanziellen Hilfen für kleine und mittelständische Unternehmen, die temporäre Senkung der Mehrwertsteuer u. v. a. m.

Wirkung auf die Geldmenge

Das PEPP schuf große Mengen an Zentralbankgeld. Die zu diesem Zweck von den Zentralbanken erworbenen Wertpapiere befinden sich noch fast vollständig in ihrem Besitz. Ihr schrittweiser Abbau hat im Juli 2024 begonnen.

Das über die Corona-Hilfen in den privaten Sektor gelangte Geld verbleibt dort, mit Ausnahme der Hilfen, die zurückgezahlt werden mussten bzw. müssen.

Wirkung auf die Inflation

Die Corona-Hilfen stützten die Nachfrage, indem sie den Rückgang bei Konsumausgaben begrenzten und Unternehmen finanziell stabilisierten. Haushalte wurden primär indirekt über Programme wie das Kurzarbeitergeld abgesichert. Dies milderte die deflationären Risiken, die zu Beginn der Pandemie bestanden. Die Sorge damals war nicht eine zu hohe, sondern eine zu niedrige Inflation.³⁴ Tatsächlich konnte das Programm die Deflation erfolgreich verhindern.

Zu einer Inflation führten die Maßnahmen jedoch nicht, obwohl durchaus ein Inflationsziel von 2 % angestrebt wurde.

Der deutliche Anstieg der Inflation ab Mitte 2021 hatte andere Ursachen, Haupttreiber waren die steigenden Preise für Nahrungsmittel, Benzin und Energie. Die höheren Nahrungsmittelpreise waren auf gestörte Lieferketten, Ernteausfälle und höhere Produktionskosten zurückzuführen. Die Benzin- und Energiepreise stiegen aufgrund der Einführung der CO₂-Bepreisung

und explodierten anschließend im Zuge des russischen Überfalls auf die Ukraine.

Dass die Inflationsrate sich bis 2024 wieder bei 2 % stabilisierte, obwohl ein erheblicher Teil des zusätzlich geschaffenen Geldes weiterhin im Umlauf ist, zeigt, dass die Corona-Hilfen nicht für den Inflationsanstieg verantwortlich waren.

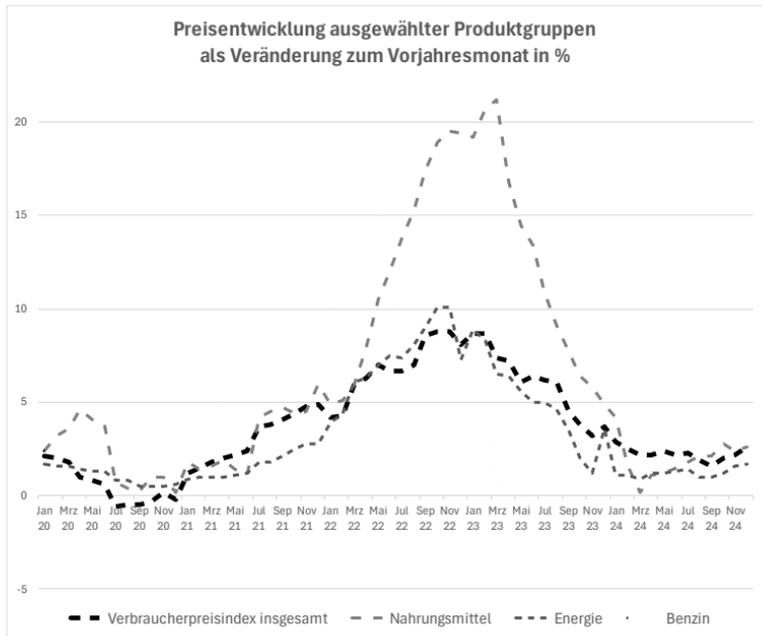


Abb. 7: „Preisentwicklung ausgewählter Produktgruppen als Veränderung zum Vorjahresmonat in %“ Darstellung des Autors, Quelle siehe Anhang³⁵

Somit lieferte das PEPP kurzfristig Stabilität, ohne direkt zu inflationärem Druck zu führen. Dies unterstreicht, dass die dras-

tische Ausweitung der Staatsausgaben keinerlei inflationäre Auswirkungen hatte, wie es die MMT bereits vorhergesagt hatte.

Bedeutung für die MMT

Ist es nicht erstaunlich, dass die Grundsätze der Modern Monetary Theory längst in der Praxis bestätigt wurden, ohne dass dies offen anerkannt wird? Das Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) hat bewiesen: Geld ist immer verfügbar, wenn der politische Wille vorhanden ist. Die eigentliche Frage lautet daher nicht, ob die MMT Recht hat, sondern warum ihre Erkenntnisse nicht konsequent umgesetzt werden.

13. Fazit

Das Fazit fällt sehr knapp aus, weil es im Grunde so einfach ist:

ALLES, was eine Volkswirtschaft an Gütern und Dienstleistungen zu produzieren in der Lage ist, kann ein Staat sich auch leisten.

Der Engpass ist also nie das Geld, sondern es sind immer nur die verfügbaren Ressourcen. Diese gilt es zu pflegen und zu erweitern, damit weiterer Wohlstand generiert werden kann.

Ohne die selbst auferlegten finanziellen Beschränkungen gilt für einen souveränen Staat:

- Jede Staatsausgabe wird durch neu geschöpftes Geld finanziert.
- Steuern erhebt der Staat nur, um (a) die Nachfrage nach seiner Währung zu sichern, (b) überschüssige Kaufkraft zu reduzieren und damit Inflation zu kontrollieren, (c) Ungleichheiten zu reduzieren und (d) Verhalten zu steuern.
- Staatsschulden sind kein Problem für Länder mit einer eigenen Währung, solange diese in der eigenen Währung aufgenommen werden. Der Staat kann sie jederzeit und problemlos tilgen.

Aber: Das Umdenken wird noch einige Zeit und Überzeugungsarbeit erfordern.

Anhang: Eine kleine Geschichte

Zum Schluss folgt noch eine kleine Geschichte, die ich auch für meine Vorträge verwende:

Es war einmal ein Dorf, das mit sich und seiner Welt völlig zufrieden war. Es gab alles, was die Menschen brauchten.

Es gab einen Bäcker, der Brot und Brötchen backte. Und weil sie natürlich auf den Brötchen etwas draufhaben wollten, gab es auch einen Metzger, der selbst schlachtete und Fleisch- und Wurstwaren herstellte. Und für den Durst gab es eine Brauerei. Die braute aber nicht nur Bier, sondern füllte auch noch ihr Quellwasser in Flaschen ab.

Viele Menschen aus dem Dorf arbeiteten bei einem der Betriebe und dann gab es noch eine Kindergärtnerin, einen Lehrer, einen Arzt, eine Steuerberaterin und natürlich auch eine Bürgermeisterin.

Alles lief prima, bis eines Tages ein Gerücht die Runde machte. In einem Nachbardorf sollte es einen Investor geben, der Bäckereien, Metzgereien und Brauereien aufkaufte und die Hälfte der Mitarbeiter entließ.

Es war nur ein Gerücht, aber es hielt sich hartnäckig; und die Menschen bekamen Angst. Sie fingen an zu sparen. „Wir kommen auch mit einem Brötchen statt mit zweien aus“, sagten sie sich. „Und statt zwei Scheiben Wurst reicht auch eine. Klar,

trinken müssen wir. Aber das Wasser ist billiger als das Bier. Also trinken wir öfter einmal Wasser.“

Dem Bäcker, dem Metzger und der Brauerei fiel das natürlich auf und sie hofften, dass sich das schnell geben würde. Aber als die Menschen weiterhin sparten, kamen die Betriebe nicht umhin, die ersten Mitarbeiter zu entlassen. Es war einfach zu wenig Arbeit da. Das vergrößerte natürlich die Angst der Menschen in unserem Dorf noch und sie sparten noch mehr.

Es kam zu einer Abwärtsspirale und einer schlimmen Rezession. Die Bürgermeisterin versammelte diejenigen aus ihrem Gemeinderat mit dem größten ökonomischen Sachverstand um sich und fragte sie, was man denn tun könne.

Die Löhne müssen sinken, sagten die einen. Wenn Arbeit billiger wird, stellen die Unternehmen wieder mehr Arbeitnehmer ein.

Die Zinsen müssen sinken, sagten die anderen. Dann investieren die Unternehmen wieder mehr.

Die Nachfrage muss wieder steigen, sagten die Unternehmen. Denn was nützen uns billige Arbeitskräfte und niedrige Zinsen, wenn wir mit den billigen Arbeitskräften und den günstig finanzierten Investitionen Waren produzieren, die niemand kauft.

Das ist auf den Punkt gebracht und stark vereinfacht die Art und Weise, wie eine Wirtschaftskrise entstehen kann und worauf es für ihre Beseitigung wirklich ankommt.

Zudem zeigt dieses kleine Beispiel schön den Unterschied zwischen der MMT und der neoklassischen Volkswirtschaftstheorie. Die MMTler sagen, dass die entscheidende Stellgröße die Nachfrage ist und dass der Staat gegebenenfalls eingreifen muss. Die Neoklassiker sagen dagegen, dass die Märkte automatisch über den Preis ins Gleichgewicht kommen und der Staat sich weitgehend heraushalten soll.

Nur dass Letzteres leider oft nicht funktioniert!

Anhang: Quellen und Hinweise

¹ Vgl.: Louis Leible-Hammerer: „Nicht Geld ist knapp, sondern reale Ressourcen.“ Interview mit dem Wirtschaftswissenschaftler Maurice Höfgen über die Modern Monetary Theory. Online-Artikel auf fr.de (Frankfurter Rundschau). Veröffentlichungsdatum 20.05.2022. Letztes Abrufdatum 4.11.2024. URL: <https://www.fr.de/wirtschaft/nicht-geld-ist-knapp-sondern-reale-ressourcen-91561050.html>.

² Vgl.: Georg Friedrich Knapp: „Staatliche Theorie des Geldes“. München/Leipzig 1921 (3. Auflage der Originalausgabe von 1905). S. 1.

³ Vgl.: Warren Mosler: „The African Hut Tax“. Video auf YouTube. Letztes Abrufdatum 4.11.2024. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=s-3-YSZNezQ>.

Und: Vgl.: „Hut tax“. Online-Artikel auf Wikipedia. Letztes Abrufdatum 4.11.2024. URL: https://en.wikipedia.org/wiki/Hut_tax.

⁴ Vgl.: Silvio Gesell: Hauptwerk „Die Natürliche Wirtschaftsordnung“ von 1916

⁵ Vgl.: „Keynesianismus. John Maynard Keynes.“ Online-Artikel in: Bundeszentrale für Politische Bildung: „Das Lexikon der Wirtschaft“. Letztes Abrufdatum 4.11.2024. URL: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19777/keynesianismus/>.

⁶ Vgl.: FRED Federal Reserve Bank of St. Louis: „Gross Domestic Product [GDP]“. Letztes Abrufdatum 4.11.2024. URL: <https://fred.stlouisfed.org/series/GDP>.

⁷ Vgl.: Redaktion: „USA: Staatsverschuldung seit 1900“. Online-Infografik auf ntv.de. Letztes Abrufdatum 4.11.2024. URL: <https://www.ntv.de/infografik/USA-Staatsverschuldung-seit-1900-article-24831552.html>.

⁸ Vgl.: „Deflationspolitik“. Online-Artikel auf Wikipedia. Letztes Abrufdatum 4.11.2024. URL: <https://de.wikipedia.org/wiki/Deflationspolitik>.

⁹ Vgl.: FRED Federal Reserve Bank of St. Louis: „Real GDP at Constant National Prices for Greece“. Letztes Abrufdatum 4.11.2024. URL: <https://fred.stlouisfed.org/series/RGDPNAGRA666NRUG>.

¹⁰ Vgl.: FRED Federal Reserve Bank of St. Louis: „Infra-Annual Labor Statistics: Unemployment Rate Total: From 15 to 64 Years for Greece“. Letztes Abrufdatum 4.11.2024. URL: <https://fred.stlouisfed.org/series/LRUN64TTGRQ156S>.

¹¹ Vgl.: FRED Federal Reserve Bank of St. Louis: „Infra-Annual Labor Statistics: Monthly Unemployment Rate Female: From 15 to 24 Years

for Greece“. Letztes Abrufdatum 4.11.2024. URL: <https://fred.stlouisfed.org/series/LRHU24FEGRM156S>.

¹² Vgl.: „Keynesianismus. John Maynard Keynes.“ Online-Artikel in: Bundeszentrale für Politische Bildung: „Das Lexikon der Wirtschaft“. Letztes Abrufdatum 4.11.2024. URL: <https://www.bpb.de/kurzknapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19777/keynesianismus/>.

¹³ Vgl.: Deutsche Bundesbank: „Sektorale und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanzen 1999-2022“. Veröffentlichungsdatum 14.11.2023. Letztes Abrufdatum 4.11.2024. URL: <https://www.bundesbank.de/de/statistiken/sectorale-und-gesamtwirtschaftliche-vermoegensbilanzen-1999-2022-615796>.

Aufbereitung von Michael Paetz: „Geldtheorie und Geldpolitik – Grundlagen konventioneller und unkonventioneller Maßnahmen.“ Stuttgart 2025.

¹⁴ Vgl.: Warren Mosler: „Soft Currency Economics II (MMT – Modern Monetary Theory Book 1)“. Kindle Edition 2012. Seite 12.

¹⁵ Vgl.: Maurice Höfgen: „Mythos Geldknappheit: Modern Monetary Theory oder: Warum es am Geld nicht scheitern muss.“ Stuttgart 2020. Seite 121.

¹⁶ Vgl.: Patrick Bernau: „Die schwäbische Hausfrau“. Online-Kommentar auf faz.net (Frankfurter Allgemeine). Veröffentlichungsdatum 16.05.2010. Letztes Abrufdatum 4.11.2024. URL: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/schulden-die-schwaebische-hausfrau-1979097.html>.

¹⁷ Vgl.: Sachverständigenrat Wirtschaft: „Schuldenbremse pragmatisch anpassen: Flexibilität erhöhen, Stabilität wahren“. Online-Pressemittelung. Veröffentlichungsdatum 30.1.2024. Letztes Abrufdatum 4.11.2024. URL: <https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/presse/details/policy-brief-schuldenbremse-pressemitteilung.html>.

¹⁸ Vgl.: Marcel Fratzscher, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin: „Schuldenbremse nicht nur 2024 aussetzen, sondern grundlegend reformieren“. Veröffentlichungsdatum 30.10.2024. Letztes Abrufdatum 4.11.2024. URL: https://www.diw.de/de/diw_01.c.884411.de/schuldenbremse_nicht_nur_2024_aussetzen__sondern_grundlegend_reformieren.html.

¹⁹ Vgl.: Redaktion: „OECD für Reform der Schuldenbremse“. Online-Artikel auf tagesschau.de. Veröffentlichungsdatum 2.5.2024. Letztes Abrufdatum 4.11.2024. URL: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/oecd-geringeres-wirtschaftswachstum-deutschland-100.html>.

²⁰ Vgl.: Stephanie Kelton: „Der Defizit-Mythos: Die Modern Monetary Theory und die Gestaltung einer besseren Wirtschaft.“ Madrid 2021. Seite 37.

²¹ Vgl.: Warren Mosler: „MMT for You and Me“. Letztes Abrufdatum: 4.11.2024. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=YcPRSTaLm5Y>.

²² Vgl.: „Beardsley Ruml“. Online-Artikel auf Wikipedia. Letztes Abrufdatum 4.11.2024. URL: https://en.wikipedia.org/wiki/Beardsley_Ruml.

²³ Vgl.: Redaktion: „Zero probability of US default, we can always print money to pay any debt“. Online-Artikel auf mercopress.com (MercoPress). Veröffentlichungsdatum 10.8.2011. Letztes Abrufdatum 4.11.2024. URL: <https://en.mercopress.com/2011/08/10/zero-probability-of-us-default-we-can-always-print-money-to-pay-any-debt>.

²⁴ Vgl.: Henry Schuster, Rebecca Peterson: „Ben Bernanke's Greatest Challenge“. Online-Artikel auf cbs-news.com (CBS News). Veröffentlichungsdatum 12.3.2009. Letztes Abrufdatum 4.11.2024. URL: <https://www.cbsnews.com/news/ben-bernanke-s-greatest-challenge/>.

²⁵ Vgl.: Bundeshaushalt.de: „Erklär doch mal Bundeshaushalt“. Letztes Abrufdatum 4.11.2024. URL: <https://www.bundeshaushalt.de/DE/Erklaerwelt/erklaerwelt.html#:~:text=Die%20Einnahmen%20des%20Bundes%20setzen,Tabaksteuer%20z%C3%A4hlen%20zu%20den%20Einnahmen>.

²⁶ Vgl.: „Geldbasis.“ Online-Artikel in: Springer Gabler: „Gabler Banklexikon“. Veröffentlichungsdatum 9.4.2020. Letztes Abrufdatum 4.11.2024. URL: <https://www.gabler-banklexikon.de/definition/geldbasis-58206/version-377587>.

²⁷ Vgl.: Kathrin Glösel: „Ökonom Höfgen: Was wir erleben, ist härter als eine Inflation – es ist ein Preis-Schock“ (Interview mit Maurice Höfgen). Online-Artikel auf kontrast.at. Veröffentlichungsdatum 4.5.2023. Letztes Abrufdatum 4.11.2024. URL: <https://kontrast.at/maurice-hoefgen-interview-inflation/>.

²⁸ Vgl.: „Liste der Länder nach Inflationsrate“. Online-Artikel auf Wikipedia. Letztes Abrufdatum 4.11.2024. URL: https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_L%C3%A4nder_nach_Inflationsrate.

²⁹ Vgl.: FRED Federal Reserve Bank of St. Louis: „Prices: Consumer Price Index for Japan“. Letztes Abrufdatum 4.11.2024. URL: <https://fred.stlouisfed.org/series/JPNPCPIPCPPPT>.

³⁰ Vgl.: „Marshallplan“. Online-Artikel auf Wikipedia. Letztes Abrufdatum 4.11.2024. URL: <https://de.wikipedia.org/wiki/Marshallplan>.

³¹ Vgl.: Maurice Höfgen: „Mythos Geldknappheit: Modern Monetary Theory oder: Warum es am Geld nicht scheitern muss.“ Stuttgart 2020. Seite 42.

³² Vgl.: Bundesministerium der Finanzen: „BMF-Monatsbericht Februar 2024: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich“. Veröffentlichungsdatum 22.2.2024. Letztes Abrufdatum 4.11.2024. URL: <https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/Ausgabe/2024/02/Inhalte/Kapitel-6-Statistiken/6-1-19-staatsschuldenquoten.html>.

³³ Vgl.: Europäische Zentralbank: „Was ist das Pandemie-Notfallankaufprogramm?“ Veröffentlichungsdatum 28.7.2021. Letztes Abrufdatum 4.11.2024. URL: https://www.ecb.europa.eu/ecb-and-you/explainers/tell-me/html/pepp.de.html?utm_source=chatgpt.com.

³⁴ Vgl.: Europäische Zentralbank: „Geldpolitik in Zeiten der Pandemie: die Rolle des PEPP.“ Rede von Philip R. Lane, Mitglied des Direktoriums der EZB, vor dem Fachbereich Internationale Makroökonomie, Lehrstuhl der Banque de France – Paris School of Economics. Veröffentlichungsdatum 31.3.2022. Letztes Abrufdatum 4.11.2024. URL: https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2022/html/ecb.sp220331~b11d74f249.de.html?utm_source=chatgpt.com.

³⁵ Vgl.: Statistisches Bundesamt: „Verbraucherpreisindex für Deutschland. Veränderungsraten zum Vorjahresmonat in %.“ Stand 16.1.2025. Letztes Abrufdatum 20.1.2025. URL: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/Basisdaten/vpi001j.html>.

Anhang: Literaturverzeichnis

Ehnts, Dirk H. (2020): *Geld und Kredit: eine €-päische Perspektive*. 4. Auflage. Marburg: Metropolis Verlag.

Ehnts, Dirk H. (2022): *Modern Monetary Theory: eine Einführung*. Wiesbaden: Springer Gabler Verlag.

Ehnts, Dirk H. (2023): *Makroökonomik: Wirtschaftstheorie für das 21. Jahrhundert*. München: Tectum Verlag.

Ehnts, Dirk H. / Mosler, Warren (2023): *Moderne Geldtheorie: Essays zu Modern Monetary Theory*. Berlin/Boston: De Gruyter Verlag.

Höfgen, Maurice (2020): *Mythos Geldknappheit: Modern Monetary Theory oder: Warum es am Geld nicht scheitern muss*. Stuttgart: Schäffer-Poeschel Verlag.

Kelton, Stephanie (2021): *Der Defizit-Mythos: Die Modern Monetary Theory und die Gestaltung einer besseren Wirtschaft*. Übers. v. Elborg Nopp. Madrid: Lola Books.

Keynes, John Maynard (1936): *The General Theory of Employment, Interest and Money*. London: Macmillan.

Knapp, Georg Friedrich (1905): *Staatliche Theorie des Geldes*. Leipzig: Duncker & Humblot.

Krugman, Paul (2015): „Greece as a Victim“. *The New York Times*, July 6, 2015.

Mosler, Warren (2012): *Soft Currency Economics II (MMT – Modern Monetary Theory Book 1)*. Kindle Edition.

Paetz, Michael (2022): *Onlinevorlesung „Geldtheorie und -politik“*. Universität Hamburg, Sommersemester 2022. Abruf möglich unter: <https://www.youtube.com/watch?v=Nj9EcjVU3Y&list=PLFXMgoiMqWLhWIYqPqJQm38fVYRIkCQwG>.

Paetz, Michael (2025): *Geldtheorie und Geldpolitik – Grundlagen konventioneller und unkonventioneller Maßnahmen*. Stuttgart: Schäffer-Poeschel.

Varoufakis, Yanis (2017): *Adults in the Room: My Battle with Europe's Deep Establishment*. London: Bodley Head.

Wray, Randall L. (2018): *Modernes Geld verstehen: Der Schlüssel zu Vollbeschäftigung und Preisstabilität*. Übers. v. Elborg Nopp. Berlin: Lola Books.

Über das Buch

„Geld ist nicht knapp!“

Ein kompakter Überblick über die Modern Monetary Theory

In einer Zeit, in der die Diskussion über Staatsverschuldung und öffentliche Ausgaben allgegenwärtig ist, bietet dieser Essay einen prägnanten und verständlichen Einblick in die Grundsätze der Modern Monetary (oder Money) Theory (MMT). Rainer Barstenstein fasst die zentralen Aussagen und Konzepte dieser Theorie zusammen und zeigt, wie wirtschaftliche Zusammenhänge anders betrachtet werden können.

Was erwartet Sie?

- Eine klare und zugängliche Einführung in die MMT, die auch ohne wirtschaftswissenschaftliche Vorkenntnisse verständlich ist
- Beispiele und Daten aus der Praxis, die die Relevanz der Theorie verdeutlichen
- Ein Denkanstoß für alle, die die finanzpolitischen Spielräume von Staaten hinterfragen wollen

Für wen ist dieses Buch? Für interessierte Leser, die sich mit dem Thema Staatsschulden und Fiskalpolitik befassen möchten, ohne tief in die ökonomische Fachliteratur eintauchen zu müssen.

Über den Autor

Ich wurde 1960 in Heidelberg geboren und bin Diplom-Betriebswirt (FH). Mein Studium der Betriebswirtschaftslehre habe ich an der Fachhochschule Ludwigshafen abgeschlossen. Beruflich bin ich als Unternehmensberater mit Schwerpunkt Finanzen und Controlling tätig und berate kleine und mittlere Unternehmen (www.bartenstein.com).

Die Themen Geld, Volkseinkommen und Konjunkturzyklen haben mich schon immer fasziniert. Und ein Gedanke, der mich seit Langem beschäftigt, ist, dass es keinen zwingenden ökonomischen Grund dafür geben sollte, warum Menschen in einer Wirtschaftskrise in Not geraten, solange die notwendigen Ressourcen verfügbar bleiben. Anders gesagt: Es erscheint widersinnig, wenn ein Bäcker seine Brötchen nicht verkaufen kann, nur weil seine Kunden kein Geld haben – schließlich ist das Brötchen das Wertvolle, nicht das bedruckte Papier des Geldes.

Vor etwa vier Jahren stieß ich auf die Modern Monetary Theory (MMT) und war von der Klarheit und Einfachheit fasziniert, mit der sie ökonomische Prozesse und das Funktionieren eines Staatshaushaltes beschreibt. Ich begann, mich intensiver mit ihr zu beschäftigen, nahm auch Kontakt zu führenden Vertretern von ihr auf. Aus diesen Studien entstand dieser Essay, mit dem Wunsch, die MMT auf einfache Weise erklären zu wollen.

Vermutlich ist es vermessen, aber ich möchte einen kleinen Beitrag dazu leisten, dass Staatsschulden als das gesehen wer-

den, was sie tatsächlich sind: eine Gegenposition zum Geldvermögen des privaten Sektors, ein Mittel zur Stabilisierung der Nachfrage und unerlässlich für die Erfüllung wichtiger staatlicher Aufgaben. Mehr sind sie nicht – und insbesondere sind sie keine Bedrohung.

Über das Buch

„Geld ist nicht knapp!“

Ein kompakter Überblick über die Modern Monetary Theory

In einer Zeit, in der die Diskussion über Staatsverschuldung und öffentliche Ausgaben allgegenwärtig ist, bietet dieser Essay einen prägnanten und verständlichen Einblick in die Grundsätze der Modern Monetary Theory (MMT).

Rainer Bartenstein fasst die zentralen Aussagen und Konzepte dieser Theorie zusammen und zeigt, wie wirtschaftliche Zusammenhänge anders betrachtet werden können.

Was erwartet Sie?

- Eine klare und zugängliche Einführung in die MMT, die auch ohne wirtschaftswissenschaftliche Vorkenntnisse verständlich ist
- Beispiele und Daten aus der Praxis, die die Relevanz der Theorie verdeutlichen
- Ein Denkanstoß für alle, die die finanzpolitischen Spielräume von Staaten hinterfragen wollen

Für wen ist dieses Buch?

Für interessierte Leser, die sich mit dem Thema Staatsschulden und Fiskalpolitik befassen möchten, ohne tief in die ökonomische Fachliteratur eintauchen zu müssen.